

15. Februar 2018
74. Jahrgang
Nr. 05/06

Einzelnummer: Fr. 4.-
Internet:
www.vorwaerts.ch

Retouren:
vorwärts
Postfach 8230
8036 Zürich

Wirtschaft:
Am Aktienmarkt gab es
einen Einbruch, der Milli-
arden vernichtete.

3

Südeuropa:
Die italienische Linke
formiert sich in der
Bewegung PaP neu.

5

Ostafrika:
Reportage über den Um-
gang mit südsudanischen
Flüchtlingen in Uganda.

8

Gesundheit:
In Kalifornien helfen
kostenlose Kliniken
den ärmsten Menschen

12

vorwärts

die sozialistische zeitung.

Position

Die Partei der Arbeit der Schweiz verurteilt die türkische Invasion in Efrin und drückt ihre Solidarität mit den VerteidigerInnen der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) und den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) aus. Ihr Kampf ist essenziell für den Frieden und die Demokratie im kurdischen Syrien, aber auch im ganzen Mittleren Osten. Wir rufen die internationale Gemeinschaft und die Schweiz dazu auf, sich mit allen Mitteln dieser türkischen Aggression entgegenzustellen und jeglichen Waffenhandel mit dieser kriegstreibenden Nation zu unterbinden.

Am 20. Januar hat die türkische Republik unter Erdogan ein Operation gestartet mit dem zynischen Titel «Olivenzweig». Seither haben die türkischen Einheiten sowie islamistische Söldnergruppen versucht, die kurdische Provinz Efrin (auch Afrin genannt) in Syrien zu erobern und dabei Zerstörungen und zivile Opfer verschuldet. Die SDF kämpfen gegen die Invasion, um eine demokratische Regierung zu retten, die sich gegenüber den Völkern und Religionen des Gebiets respektvoll verhält. Der türkischen Angriff widerspricht dem internationalen Recht und ist eine Fortsetzung der andauernden Verletzungen der Menschenrechte durch den türkischen Staat: Massenverhaftungen der Opposition, Massaker an ZivilistInnen im Kampf gegen die PKK und die Bildung von paramilitärischen Gruppen. Die Intervention in ein Nachbarland ist eine weitere Eskalation. Wir fordern von der Schweiz, keine Kriegsmaterialexporte in die Türkei zu liefern und mit allen diplomatischen und politischen Mitteln für ein Ende des Krieges und der türkischen Intervention einzutreten. Wir solidarisieren uns mit den Menschen in Efrin und ihren VerteidigerInnen sowie den Völkern Syriens und treten für ihr Selbstbestimmungsrecht ein.

PARTEI DER ARBEIT
DER SCHWEIZ



Der «Pilatus Porter» gilt nicht als Kriegsmaterial, kann aber auch bewaffnet eingesetzt werden. Bild: zVg.

Mit Gejammer zum Ziel

Judith Schmid. **Wegen eines heuchlerischen Briefes von 13 Rüstungsfirmen an die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats (SiK-S) will nun Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann dem Bundesrat eine Änderung der Kriegsmaterialverordnung beantragen. Auch die Schweiz soll bald Waffen in Bürgerkriegsländer liefern können.**

Im Gegensatz zum weltweiten Trend nahmen die Rüstungsexporte der Schweiz in den letzten Jahren minim ab. Gleichwohl sind die Zahlen im Vergleich zum Ende des Kalten Krieges immer noch überdurchschnittlich hoch, denn seit Beginn des «War on Terror» der USA herrscht Rüstungshochkonjunktur. Der leichte Rückgang ist eine erfreuliche Entwicklung – zumindest in den Augen von FriedensaktivistInnen.

Ganz anderer Meinung ist die Rüstungsindustrie: Vereint wendeten sich letzten September 13 KriegsmaterialproduzentInnen, darunter die bundeseigene Ruag, Mowag und Rheinmetall mit einem Brief an die SiK-S. Sonst KonkurrentInnen, malten sie in dem Schreiben gemeinsam schwarz: Die in ihren Augen restriktive Schweizer Kriegsmaterialverordnung bringe die ganze Wehrtechnikindustrie in Gefahr. Zahllose Arbeitsplätze seien gefährdet. Die Rüstungsschmieden fordern gleiche Exportbedingungen wie im umliegenden Ausland.

Offene Ohren beim Bund

Kurz nachdem im letzten November der Inhalt des Briefes in den Medien platziert worden war, lud die SiK-S VertreterInnen der Rüstungsindustrie zu einer ersten Anhörung. Mit dabei waren auch VertreterInnen des Seco und des EDA. Ausgeklammert wurde von Beginn weg die Zivilgesellschaft. So blitzte auch die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (Gsoa) ab, nachdem sie per Mail ihr Interesse, an der nächsten Anhörung teilzunehmen, bekundet hatte.

Das Medienecho nach der zweiten Anhörung Anfang Monat – diesmal mit Vertretungen aus dem Wirtschafts-, Verteidigungs- und Aussende-
ment – war gross: Die drei Departemente sind sich einig und wollen der Rüstungsindustrie entgegenkommen. Das Wirtschaftsdepartement unter Schneider-Ammann will nun dem Gesamtbundesrat eine Änderung der Kriegsmaterialverordnung beantragen, um die Exportregelung zu lockern. Wie genau diese Vorschläge aussehen werden, wird sich zeigen, wobei die Wünsche der Industrie sehr klar sind: Zum einen wird es um die Verlängerung der Exportbewilligung, zum andern um die flexiblere Handhabung des Exportausschlusskriteriums «Innere Konflikte» gehen. Konkret bedeutet dies: Waffenlieferungen in Bürgerkriegsländer.

Es ist zu befürchten, dass eine solche Änderung im Bundesrat eine Mehrheit finden wird, da Ignazio Cassis rüstungsfreundlicher unterwegs ist als sein Vorgänger Didier Burkhalter. Cassis sorgte bei seinem Amtsantritt für Schlagzeilen, als er dem Waffenlobby-Verein «Pro Tell» beitrug. Der öffentliche Druck wurde ihm zwar schnell zu gross und er kündete kurz darauf seine Mitgliedschaft wieder, an seiner Gesinnung dürfte das wenig geändert haben.

Offener Brief von NGOs

Schockiert, nicht nur weil auch die Departemente den Profit der Rüstungsfirmen über Menschenleben stellen, sondern auch wegen der undemokratischen Vorgehensweise, zeigten sich letzte Woche zahlreiche NGOs. 27 Organisationen, darunter die Gsoa, Alliance Sud, Schweizerische Friedensbewegung und Solidarité sans frontières, drückten mittels Brief an die SiK-S und den Bundesrat ihre Empörung aus. «Was die Forderung der Rüstungsunternehmen treibt, ist eine egoistische,

wirtschaftszentrierte Sicht, welche die Auswirkungen ihrer Tätigkeit verkennt und die Arbeitsplätze in der Schweiz höher gewichtet als die Menschenrechte und die globale Sicherheit», heisst es in dem Schreiben. Vereint bitten die Organisationen die zuständigen Gremien, von einer Verordnungsänderung abzusehen. Dass der Wille von doppelt so vielen NGOs stärker gewichtet wird als die Anliegen der 13 KriegsmaterialproduzentInnen, ist in der bürgerlich dominierten Schweiz aber wohl leider eine Illusion.

Verordnung bereits 2014 gelockert

Die Änderung der Kriegsmaterialverordnung liegt in der Kompetenz des Bundesrates. Gezielt wendeten sich die Rüstungsfirmen aber an die SiK-S. Kein Wunder, denn schon vor ein paar Jahren wurde die Verordnung durch eine Kommissionsmotion gelockert. Nachdem der Bundesrat noch 2008 Rüstungsexporte in Länder, die in interne oder internationale bewaffnete Konflikte verwickelt sind, untersagt hatte, wurde dieses Ausschlusskriterium bereits 2014 wieder verwässert.

Obwohl die Schweizer Kriegsmaterialverordnung auf Papier restriktiver daherkommt als die Exportverordnungen anderer europäischer Länder, muss hier bemerkt werden, dass die Schweiz als einziges Land zwischen Kriegsmaterial und sogenannten besonderen militärischen Gütern unterscheidet. Die Exporte dieser Güter werden nicht über die Kriegsmaterialverordnung geregelt und sind bei den Kriegsmaterialexportzahlen gar nicht erst aufgeführt. Darunter fallen insbesondere die militärischen Trainingsflugzeuge «Pilatus Porter» von Pilatus, die in der Vergangenheit immer mal wieder bewaffnet und beispielsweise in Burma, dem Irak, Mexiko oder dem Tschad gegen ZivilistInnen eingesetzt wurden. Auch der Grossteil der PilotInnen, die momentan Luftangriffe im Jemen fliegen, haben ihr Kriegshandwerk auf Schweizer Pilatus-Flugzeugen gelernt.

Zynisch könnte man sagen, dass der Bundesrat momentan daran ist, die gesetzlichen Grundlagen der bisherigen Exportpraxis anzupassen, und somit wenigstens nicht mehr so tut, als wären Menschen- und Völkerrecht für ihn und die Schweizer Rüstungsindustrie von irgendeiner Bedeutung. Ein Grund mehr, diesem Verhalten ein lautstarkes «Nein» entgegenzuhalten.

Zureich wählt

Am 4. März wählt Zureich ihre VertreterInnen ins Parlament und bestellt die neue Stadtregierung, genannt Stadtrat. Und weil die Limmatstadt eben doch was ganz Spezielles ist, hat eine bisherige Stadträtin, die zur Wiederwahl angetreten war, einen Monat vor dem Wahltermin ihre Kandidatur zurückgezogen. Die SP-Frau Claudia Nielson hat während der heissen Phase des Wahlkampfes den Bettel entnervt hingeschmissen, so ganz nach dem Motto: Macht euren Sch... doch selber, ich habe keine Lust mehr! Der Rücktritt schwächt natürlich die SP, macht aber den Wahlkampf etwas spannender und zwar rund um die einzige Frage, die am 4. März zu beantworten ist: Behält Rotgrün die Mehrheit im Parlament? Es herrscht Nervosität im rotgrünen Lager. So werden Kandidaturen von links, wie etwa jene der PdA, nicht gerne gesehen. Und so sagt auch die Alternative Liste (AL), als Teil dieses rotgrünen Lagers, dass die Stimmen für die PdA verlorene Stimmen seien. Warum diese Angst, liebe KollegInnen der AL? Warum soll die PdA schuld daran sein, wenn rotgrün weniger VertreterInnen bekommt? Wer sass denn in den letzten vier Jahren im Parlament und in der Regierung? Wer hat die Resultate dieser Arbeit zu verantworten? Wir von der PdA? Bereits vor den Wahlen mit dem Finger auf die anderen zu zeigen, ist wenig charmant und zeugt schon fast von Schwäche. Falls die rotgrüne Mehrheit verloren geht, was sich die PdA nicht (!) wünscht, ist wohl eher Selbstkritik angebracht, anstatt den anderen den Stempel «Schuldig!» aufzudrücken.

SIRO TORRESAN

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft vorwärts,
PdAS und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 2469,
8026 Zürich, PC: 40-19855-7.
Die Publikation erscheint 14-täglich.

REDAKTION:
vorwärts, Postfach 8230, 8036 Zürich,
Tel. 044 241 66 77,
E-Mail: redaktion@vorwaerts.ch,
Redaktion: Damian Bugmann (dab),
Tarek Idri (tai), Siro Torresan (sit),
Sabine Hunziker (sah)

REGELMÄSSIGE MITARBEIT:
Judith Schmid, Jonas Ammann,
Amanda Isoet, Salomé Voirol

ABONNEMENTE:
abo@vorwaerts.ch
Jahresabo: 160.–,
reduziert (AHV, Stud.): 110.–,
Probeabo: 4 Ausgaben gratis
Druck: Union Druckerei Berlin

Zum Jubiläum der Schlacht von Stalingrad

In der Ausgabe des *vorwärts* vom 1. Februar 2018 las ich eine Seite, die dem 75. Jubiläum der Schlacht von Stalingrad gewidmet ist. Ich bin völlig damit einverstanden, einschliesslich der Kritik an der Herabsetzung dieses Ereignis durch die bürgerliche Geschichtsschreibung. Und es ist auch richtig diese Fälschung der Geschichte zu kritisieren. Man sollte dabei aber vermeiden, selbst einige Fehler zu machen. Auch wenn diese Fehler nur als Einzeleinheiten betrachtet werden können.

So war der frühere Name von Stalingrad «Zarizyn» und die Umbenennung in Wolgograd wurde schon 1961, während der Chruschtschow-Zeit, nach der Entstalinisierung geändert und nicht erst 1991, nach dem Fall der Sowjetunion.

Übrigens auch wenn es richtig ist, den antikommunistische Kampf zu erwähnen, der zum Fall der Sowjetunion geführt hat, so sollte man nicht übergehen, dass eigene Fehler des sozialistischen Lagers und die objektive gesellschaftliche Lage ebenfalls dafür verantwortlich sind.

Mit meinen besten Grüssen

ANDRÉ RAUBER

Ohne Krimi geht die Mimmi...

Jeden Abend sitzt die Mimmi vor der Kiste, Schaut sich TV-Serien an in Folgen. Keinen Grass und Goethe holt sie aus dem Schrank: Nein, 'nen Schweizer Film sucht sie dann aus.

Sogar beim Abendessen, das ich koch, Schaut sie fern und hört Musik auf SRF; Ich denke, na ja, wenn sie meine Spezialität genossen, Geht's endlich Richtung Bett, o yeah, aber

Ohne Radio geht die Mimmi nie ins Bett, Ohne Radio tut's die Mimmi leider nicht. Mit der Fernbedienung fest im Griff Statt meinem Coolman hört sie die ganze Nacht nur SRF.

Ist das Bettmümpfeli vorbei, mach ich mich starkklar – Doch weit gefehlt: jetzt geht's mit heissen Rhythmen los Und Mimmi kriegt schon rote Ohren. Und kuschelt sich an mich heran ganz weichgekocht.

Und wenn das «Schreckmümpfeli» die Schenkel hochkriecht Dann schein ich meinem Ziel ganz nah, ganz nah ...! Aber weit gefehlt: dann hüllt uns Schmu-serock Und Jazz vom Feinsten ein, auf Sex hat sie null Bock!

Wenn's langsam tagt, dann ist's ihr endlich wohl im Bett, Und wir kommen doch noch zum Duett, Und ganz heiss haucht sie in meine Ohren: «Vergiss nicht, No-Billag: Nein! zu stimmen, mi' Amore!»

Und wenn ich ihr das schwöre, geht's erst richtig los. Sie zappt auf «Guete Morge, Schwiiz» und hoppst auf der Matratze rum, Bis mir der Schädel dröhnt, und ich dann stöhne: «Mimmi! Verstehe mich nicht falsch, ich muss zur Arbeit geh'n...»

Dann juckt sie aus dem Bett, ganz füdliplutt, Das Radio unterm Arm und rennt zur Küche, Und zu Sounds von «Guete ufgleit» kriegt ich ein Rührei Und gebrat'nen Speck und Kaffee wie ein Pascha.

H. P. GANSNER
FREI NACH BILL RAMSAY, 1962

Volkspension, Umverteilung

red. Bei den Wahlen für den bernischen Grossrat vom 25. März tritt die Partei der Arbeit in den Wahlbezirken Bern (Liste 16) und Biel/Seeland (Liste 22) an. Wahlprogramm und Kurzstatements der SpitzenkandidatInnen.

Mit dem «Entlastungspaket 2018» will die Kantonsregierung vor allem bei der Spitex, den Behindertenorganisationen, der Sozialhilfe, dem öffentlichen Verkehr und der Bildung sparen. Wir kennen diese «Sparpakete», das letzte wurde 2014 von der damals noch mehrheitlich sozialdemokratisch-grünen Regierung geschnürt.

Dem Kanton fehle das Geld, heisst es. Warum wohl? Ganz einfach, weil schon mehrmals die Steuern der Gutverdienenden «entlastet» wurden. Und jetzt soll die «Steuerlast» der Unternehmen reduziert werden – was die Schweizer Bevölkerung in der Abstimmung vor Kurzem doch abgelehnt hat! Oben wird «entlastet» – und die Folgen davon erfahren die Pflegebedürftigen, Behinderten, SchülerInnen und Menschen in schwierigen finanziellen Verhältnissen. Es ist Zeit, dass die unten sich wehren!

Recht auf soziale Sicherheit

Die etablierten Parteien von Links bis Grün führen das Thema zwar beständig im Mund, sie wollen uns aber vergessen machen, was Klassenkampf in diesem Bereich bedeutet und wie man ihn führt. Von oben. Von unten. Der Kampf für soziale Sicherheit beginnt am Arbeitsplatz und meint: garantierte Anstellungsverhältnisse, Löhne, die zum Leben reichen, und Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, die nicht chronisch krank machen. Arbeitslosenversicherung, IV und Sozialhilfe dürfen keine Instrumente der Kontrolle und Disziplinierung sein, sondern müssen die negativen Folgen sozialer und wirtschaftlicher Missstände beseitigen.

Die Krankenkassen dürfen nicht länger einen grossen Teil des Lohns wegfressen; sie müssen sozial abgestufte Prämien erheben und die Zahnmedizin in die Grundversicherung integrieren. Und schliesslich bedeutet soziale Sicherheit: Eine Altersvorsorge, die nicht den Spekulationen des Aktienmarkts ausgeliefert ist, sondern als echte Volkspension Renten garantiert, die ein anständiges Leben nach der Pensionierung ermöglichen. Das Recht auf Selbstbestimmung und Absicherung in Notlagen – dafür setzt sich die Partei der Arbeit ein.

Recht auf eine Bleibe

Wenige Menschen besitzen einen immer grö-



«Ich erhebe meine Stimme für die Würde dieser Menschen, die hier keine Stimme haben.»

JUDITH SCHMID,
GRAFIKERIN, STUDENTIN, STADTRÄTIN BIEL,
SYNDICOM



«Solidarisch ermächtigen wir uns, nehmen die Zukunft in die Hand und wehren uns gegen Ausgrenzung und Diskriminierung.»

URSULA ENGEL
SOZIALARBEITERIN, VP0D

seren Teil des Reichtums. Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung von Mensch und Natur. Der Kapitalismus produziert Flüchtlinge. Ihr Elend ist das wahre Gesicht unserer heutigen Welt. Alle Menschen sind Gleiche: Aufenthaltstitel müssen abgeschafft werden. Es braucht Mitbestimmung auf jeder politischen Ebene für hier lebende Menschen. Die politisch fabrizierte Fremdenfeindlichkeit muss bekämpft werden.

Umverteilung beginnt mit der Sicherung der elementarsten Bedürfnisse. Eines davon ist bezahlbarer Wohnraum. Die Partei der Arbeit ist gegen die Spekulation mit Wohneigentum und gegen die Vertreibung aus den Städten, die Ungleichheit schafft. Sie setzt auf staatlichen Wohnungsbau und tiefere Mieten für alle. Es braucht Hilfe für Geflüchtete, gute Löhne und Solidarität mit den Ausgeschlossenen. Das Recht auf globale Mobilität und das Recht auf tiefere Mieten für alle, dafür wollen wir uns einsetzen.

Recht auf Bildung

Private KITAS, Privatschulen, private Hochschulen spriessen aus dem Boden. Die Privatisierung der Bildung zerstört Chancen: Bildungschancen, soziale Chancen, kulturelle Chancen. Sie zementiert alte Ungleichheiten und kreiert neue. Das heutige Schulsystem mit der strikten Trennung in unterschiedliche Schultypen ist ein Abbild der bestehenden Gesellschaft. Deshalb kämpfen wir für ein Schulsystem, in dem alle innerhalb derselben Schule unterrichtet und entsprechend ihren Fähigkeiten und Talenten gefördert werden.

Umfassende Bildung ist ein menschliches Bedürfnis, sie ist ein Grundrecht und macht mündig. Deshalb fordern wir, dass der Zugang zu umfassender Bildung allen offen steht und unentgeltlich ist. Die öffentliche Schule hat dabei eine zentrale Funktion zu erfüllen für die soziale Integration der Kinder aus unterschiedlichen Schichten und Kulturen. Und nur auf dieser Basis ist es realistisch, die heute bestehende Ungleichheit der Bildungschancen abzubauen und das Recht auf Bildung umzusetzen.

WWW.PDABERN.CH
WWW.POPBIENNE.CH



«Es geht mir vor allem darum, ein Zeichen zu setzen gegen rechts, und darum, Brücken zu bauen in Politik und Gesellschaft.»

MARCO MORELLI
KOMÖDIANT (PARTEILOS)



«Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Ich kämpfe für ein würdiges Leben und eine intakte Umwelt.»

ZORA SCHNEIDER
KIOSKFRAU, STUDENTIN, STADTRÄTIN BERN, UNIA

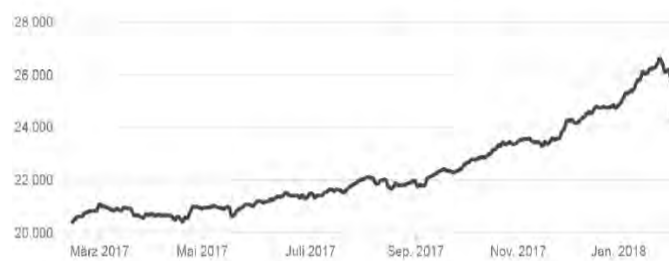
Absurd irrationale Börse

tai. Abermilliarden Franken sind innerhalb von Augenblicken vernichtet worden. Dabei handelt es sich zwar vor allem um fiktive Werte, allerdings ist noch nicht abzusehen, ob der Crash nicht in die nächste Wirtschaftskrise führen könnte.

Dow Jones Industrial Average
INDEXDJX: .DJI - 9. Feb., 16:46 GMT-5

24'190.90 + 330.44 (1.38%)

1 Tag 5 Tage 1 Monat 3 Monate 1 Jahr 5 Jahre Max.



Eröffnung	23'992.67	Marktkap.	-
Hoch	24'382.14	KGV	-
Tief	23'360.29	Rendite	-

Deutlicher Kurseinbruch vergangene Woche im Dow Jones.

Auf dem Aktienmarkt hat's geknallt. Der Dow-Jones-Index verbuchte den grössten Punkteverlust seiner Geschichte. Innerhalb von Augenblicken war der Index um mehr als 1597 Punkte gefallen. Die Kursgewinne seit Anfang Jahr wurden mit dem Crash zunichte gemacht. Bis zum Wochenende (zum Redaktionsschluss) sank der Dow Jones um mehr als 10 Prozent im Vergleich zum Höchststand Ende Januar. Die Konzerne im Dow-Jones-Index waren durch den Einbruch am 6. Februar ganze 285 Milliarden Franken weniger wert. Das entspricht grob geschätzt dem Bruttoinlandprodukt von Finnland. Für Unruhe hatte die Bank of England gesorgt, die einen Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik andeutete.

Der Swiss Market Index (SMI) schloss am letzten Donnerstag auf dem tiefsten Stand seit fast einem Jahr. Allein am Montag waren 14,4 Milliarden Franken vernichtet. Die Aktien vom Industriekonzern ABB sanken stark um 6,7 Prozent, mehr als jeder andere Titel im SMI; auch die Bank CS schnitt schlecht ab (-4 Prozent). Mit rund 2,5 Prozent minus war der Absturz des deutschen DAX nicht so heftig wie in New York – was offenbar damit zusammenhing, dass die AnlegerInnen zunächst die weitere Entwicklung in den USA abwarten wollten. Auf allen Aktienmärkten hielt der Abwärtskurs bis zum letzten Wochenende an. Beim Börsensturz sind weltweit Geldwerte in Billionenhöhe vernichtet worden. Dabei handelt es sich jedoch um fiktive Gewinne, die eine Hausse innerhalb der letzten Wochen geschaffen hatte.

Kleine Schwächephase?

Grund für den Absturz könnte – absurderweise – die gute Konjunktur in den Zentren des Kapitalismus sein. Sogar die EU-Staaten scheinen sich aus der Stagnation gelöst zu haben. Ihr BIP-Wachstum erreicht um die zwei Prozent. Ebenso scheint die Arbeitslosigkeit, die gemessene und in geringerer Masse auch die reale, zurückzugehen.

In der Schweiz konnte das Seco schöne Zahlen präsentieren: Die Zahl der registrierten Arbeitslosen (nota bene ohne Ausgesteuerte) ist im Vergleich zum Vorjahr um 9,3 Prozent gesunken. 15 000 Personen weniger waren Ende Januar bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (Rav) gemeldet; «nur» noch 150 000 Menschen sind offiziell arbeitslos. Die Unternehmen machen seit längerem wieder weltweit Gewinne. Steigende Gewinne sollten die AnlegerInnen eigentlich dazu veranlassen, mehr für Wertpapiere zu zahlen. Für den linken Finanzjournalisten von der Tageszeitung «Junge Welt» Lucas Zeise bedeutet der aktuelle Rückgang der Kurse nicht, dass die Gewinne in nächster Zeit schrumpfen werden. Bei niedrigen Zinsen von Staats- oder festverzinslichen Anleihen sind Aktien attraktiver. Weil die Zinsen seit der Finanzkrise tief sind, wurden die Aktienkurse angeheizt und bis Januar 2018 in Rekordhöhe befördert. Nun sind die Zinsen der US-Staatsanleihen aber in den letzten Wochen kräftig gestiegen, was sich in einem kräftigen Rückschlag auf dem Aktienmarkt ausgedrückt hat, so Finanzjournalist Zeise. Er ordnet die Ereignisse als «kleine Schwächephase am Aktienmarkt» ein.

Irrsinniger Kapitalismus

In den letzten Jahren haben die Zentralbanken drohende Abstürze wiederholt mit billigem Geld verhindert. Die Geldflut im Wert von 15 000 Milliarden Dollar floss allerdings in die Börsen und Anlagenmärkte. Die Zentralbanken haben die Welt immer wieder gerettet – mit immer höherem Einsatz, sagte der frühere UBS-Chef Luqman Arnold im Herbst 2017: «Die Gefahr besteht, dass der nächste Crash noch schlimmer wird als der letzte.» Offen redet er über den Irrsinn der kapitalistischen Wirtschaft und gesteht, «dass wir ziemlich ahnungslos sind. Wir wissen nicht, von welchem Bereich die nächste Krise ausgeht.» InvestorInnen können gar nicht anders, als bei überhöhten Kursen mitzugehen. Ein Ausstieg würde ihnen nicht verziehen. «Die Börse wird niemals rational sein», weiss der Kapitalist Arnold.

Die Zukunft wird wohl zeigen, ob es sich um eine «Korrektur», einen Kursrückschlag im Rahmen eines längerfristigen Aufwärtstrends, oder um einen Crash handelt, der zur nächsten Wirtschaftskrise führen wird. Die KommentatorInnen jedenfalls geben sich noch gelassen.

Mediale Wüste



Beim Angriff der «No Billag»-Initiative auf das SRG wird in Wirklichkeit ein Gebilde von Medien angegriffen, die eine grosse nationale wie regionale Vielfalt offerieren, sowie die Meinungsfreiheit von schweizweit 60 und in der Romandie 19 Sender. Der Initiativtext ändert die Bundesverfassung dergestalt, dass alle Gebühren und alle öffentlichen Subventionen dieser 60 Radio- und TV-Sender abgeschafft werden und ihnen nur noch Werbung als Finanzierungsmittel bleibt. Die zunehmenden Schwierigkeiten, WerbekundInnen zu finden, erklärt aber gerade das Verschwinden einer Anzahl von Zeitschriften (L'Hebdo und Le Matin in der Westschweiz z.B.). Die Gebühren finanzieren heute zwischen 25 bis 75 Prozent des Budgets der 19 Sender in der Romandie und ihre Abschaffung würde den Verlust von 13 500 Arbeitsplätzen auf nationaler Ebene und 4000 Stellen hier in der Westschweiz verursachen. Für das Radio Télévision Suisse Romande (RTS) bedeutet das 1600 Stellen weniger, 300 Stellen weniger bei den regionalen Sendern sowie etwa 2000 Stellen weniger bei Unternehmen, die mit diesen Medien zusammenarbeiten.

Der Stellenabbau wird mit einer Verarmung der regionalen Vielfalt an Medien in der Schweiz einhergehen. Dabei schauen oder hören noch 94 Prozent der WestschweizerInnen einen Sender von RTS. Eine andere Umfrage zeigte, dass 2017 täglich noch 915 000 Personen einen Radiosender der SRG hören und 781 000 Personen ein Lokalradio. Etwa gleich oft wird ein Fernsehsender der SRG eingeschaltet. Es ist klar, dass wir mit der «No Billag»-Initiative verlieren werden, wenn sie angenommen wird. Um diesen Verlust zu kompensieren, müssen die ZuschauerInnen und ZuhörerInnen der Schweiz, denen 60 Sender weggenommen würden, private Radio- und TV-Kanäle abonnieren, die für ein kleineres Programm mindestens 1000 Franken pro Jahr verlangen. Das ist fast das Dreifache von den 365 Franken pro Jahr (also ein Franken pro Tag), die ab dem 1. Januar 2019 vorgesehen sind. Wir bekämen eine mediale Wüste, wo Medien, die nicht zu Christoph Blochers Medienimperium gehören, die Oasen darstellen würden. Gleichzeitig würde es den Weg frei machen für internationale Medienkonzerne, sehr wahrscheinlich aus Deutschland, Frankreich und Italien (mit Berlusconi). Statt den Leistungen, wie sie in ihrer Vielfalt und Objektivität von den öffentlichen und regionalen Medien zur Zeit geboten werden, würde sich die Auswahl für die Schweizer ZuschauerInnen und ZuhörerInnen auf manipulierte Medien, die durch Grossunternehmen und ihre EigentümerInnen beherrscht werden, beschränken. Das ist es, was «No Billag» erreichen will! Am 4. März 2018 müssen wir also resolut mit Nein zu «No Billag» stimmen.

MARC ORAN
KANTONALER PRÄSIDENT VON SRG
WAADT UND ALT-KANTONSRAAT DER
PDA WAADT

Berts böse Bilder



Angriff von rechts

Juliette Müller. **Die SVP fordert ein Ende der Personenfreizügigkeit und greift die flankierenden Massnahmen und die Gewerkschaften an. Die Bosse sollen nach Gutdünken Lohndumping betreiben dürfen. Die Gewerkschaften und linken Parteien bleiben nicht ruhig.**

Geführt von den neoliberalen Thomas Aeschi und Magdalena Martullo-Blocher hat die SVP einen brutalen Angriff auf die ArbeiterInnen und Gewerkschaften gestartet. Mit der Lancierung ihrer Initiative «für eine Begrenzung der Zuwanderung», die der Personenfreizügigkeit ein Ende setzen will, zeigte die Rechtspartei ungeniert, dass sie es nicht nur auf die MigrantInnen abgesehen hat, sondern direkt auf die Gesamtheit der Arbeitenden.

Heuchlerische Martullo-Blocher

«Weil der Lohnunterschied von der Schweiz zum Ausland so massiv ist, wollte die Politik die Schweiz vor Lohndruck schützen. Auf Druck der Linken beschloss man Abwehrmassnahmen, die sogenannten Flankierenden Massnahmen (FlaM), welche ab 2004 in Kraft traten. Daraus entwickelte sich ein umfassendes Konstrukt an staatlicher Überwachung, gewerkschaftlichem Machtkartell und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von sogenannten «Schweizer Löhnen und Arbeitsbedingungen», schreibt die ultrarechte Partei in einem Medienkommuniqué. Die Bekämpfung dieser Situation ist ihr erklärtes Ziel. Die schwerreiche Martullo-Blocher schimpft in der Presse über die Gewerkschaft als «Profiteure der Situation», die «zu viel Geld, Macht und politischen Einfluss» hätten. Das ist nur heuchlerisch, wenn es von einer Vertreterin der stärksten Partei der Schweiz kommt, die aus einer der zehn reichsten Familien des Landes stammt. Die groteske Formulierung kann einen beinahe zum Lachen bringen, wäre das Thema nicht todernst. Die Botschaft ist klar: In Zukunft sollen die ArbeitgeberInnen freie Hand haben, um nach Gutdünken Lohndumping zu betreiben, ohne die «Fesseln», die in den Augen der SVP jede Art von Regulierung des Arbeitsmarkts darstellen. «Die SVP will Euro-Löhne für die Arbeitnehmenden in der Schweiz», schreibt der christliche Gewerkschaftsbund Travail.Suisse, der wie die gesamte Gewerkschaftswelt sofort auf die Attacke reagierte. «Es ist nicht das erste Mal, dass wir einer solchen gewaltsamen Attacke ausgesetzt sind», bemerkte Aldo Ferrari, Vizepräsident der Unia, gegenüber der Tageszeitung «La Liberté». Für die Gewerkschaft Unia führten die Forderungen der SVP «zu mehr Lohndumping sowie einem Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen, weil viele korrekte Firmen nicht mehr gegen die Dumpingkonkurrenz bestehen können».

Nicht verhandelbar!

Trotz der Allüren der SVP verheimlicht Travail.Suisse seinen Glauben an eine Zukunft der flankierenden Massnahmen im Allgemeinen nicht: Von verschiedenen Seiten angegriffen «drohen die flankierenden Massnahmen zum Spielball im Konflikt um ein institutionelles Rahmenabkommen mit der Europäischen Union zu werden. Obwohl im Verhandlungsmandat für ein solches Abkommen die FlaM als rote Linien festgeschrieben sind, häufen sich die alarmierenden Zeichen aus dem Departement von Bundesrat Cassis, dass Teile der FlaM geopfert werden sollen.» Travail.Suisse warnt: «In diesem Fall wird ein institutionelles Rahmenabkommen bei den Arbeitnehmenden keine Chance haben.»

Die SP kritisierte, dass die Arbeitsbedingungen in der Schweiz momentan von rechts unter Beschuss sind: «Die Bürgerlichen signalisieren in diesen Tagen immer wieder, dass für sie der Schutz von Erwerbstätigen keine Relevanz hat.» Die PdA Schweiz erklärt, dass die bilateralen Verträge grundsätzlich neoliberal sind und nicht den Interessen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen würden. Sie fordert, eine komplette Überarbeitung der Verträge, aber von links, ohne sich der SVP anzuschliessen. Der Schutz der ArbeiterInnen ist allerdings nicht verhandelbar!

Im Staate der Eidgenossen

Tochter: Wir führten heute in der Biostunde ein Experiment durch.
Vater: Echt? Habt ihr wieder irgendwelche Bandwürmer zersetzt?
Tochter: Nein, das war letzte Woche. Es ging darum herauszufinden, ob Menschen unter Schmerzen lernfähiger sind, also schneller lernen.

Vater: Sorry? Schneller lernen durch Schmerzen?

Tochter: Ja, das ging so: Zwei Personen, sagen wir A und B, sassen sich gegenüber an einem Tisch, aber getrennt durch eine Wand. Sie sahen sich also nicht. Eine dritte Person war so quasi die Aufsichtsperson und stellte die Fragen. Zum Beispiel: Er stellte eine Frage an A. Wenn A sie richtig beantwortete, wurde ihm die nächste Frage gestellt, natürlich ohne Strafe. Wenn die Frage falsch beantwortet wurde, bekam er einen Stromschlag und B war an der Reihe.

Vater: Hört sich aber ziemlich irr an.

Tochter: Ja, aber es kommt noch schlimmer. Die ganze Fragerei war von einem Computer simuliert. Wir konnten es am Bildschirm mitverfolgen. Plötzlich hörte man über die Boxen des Computers die Schreie der beiden, wenn sie einen Stromschlag bekamen. Die Schreie wurden immer lauter, weil nach jeder falschen Antwort die Stromschläge stärker wurden. Und wir, also die Klasse, waren diejenigen, die den Stromschlag auslösen mussten.

Vater: Und so was lernt ihr in Bio? Ist ja voll daneben, unglaublich!
Tochter: Eben, ich hab dann gesagt: «Stopp, ich mach da nicht mehr mit! Was ist überhaupt der Sinn dieses Experimentes? Ich finde es idiotisch, den Menschen Schmerzen zuzufügen, damit sie schneller lernen. Man könnte ja auch das Lerntempo den Fähigkeiten der Menschen anpassen.»

Vater: Sehr gut, Tochter, bravo! Bin stolz auf dich. Und was sagte dein Lehrer, was machte er?

Tochter: Im übertragenen Sinn war der Lehrer derjenige, der die Fragen stellte, also die Aufsichtsperson. Er betonte mehrmals, dass er ja auch hier sei. Er gab klar zu verstehen, dass er quasi der Chef, die Obrigkeit im Raum sei und motivierte uns, das Experiment weiterzuführen.

Vater: Echt? So ein Idiot, sorry, aber ...

Tochter unterbricht den Vater: Warte! Es kam zu einer Diskussion unter uns SchülerInnen. Es gab diejenigen, die einfach weitermachen wollten, weil die Schreie eh nicht real waren. Es ging ihnen am Arsch vorbei. Andere wiederum nervten sich, dass wir überhaupt darüber diskutierten, ob wir weitermachen sollten oder nicht. Die Mehrheit von uns blieb aber einfach still. Sie sagte nichts und schaute auf den Boden. Ich blieb bei meiner Meinung, weigerte mich, weitere Schmerzen zuzufügen.

Vater: Kompliment! Finde ich echt stark von dir. Und der Lehrer?

Tochter: Ja, jetzt kommt's! Er unterbrach dann irgendwann die

Diskussion und eröffnete der Klasse: «Das Experiment ist hier nicht jenes mit den beiden Personen und den Stromschlägen. Das ist nur Mittel zum Zweck. Es geht viel mehr um euch, es geht um euer kritisches Hinterfragen der Dinge! Ihr müsst immer alles hinterfragen. Ich wollte schauen, wie weit ihr mit den Stromschlägen geht, nur weil ich es euch sage und dazu ermuntere, es zu tun. Nur weil ich hier der Lehrer bin, also eine Art Obrigkeit, dürft ihr das kritische Denken nicht vergessen!»

Vater vollkommen erstaunt: Jetzt bin aber wirklich baff. Wow! Echt stark, ein toller Lehrer, nehme alles zurück, was ich soeben über ihn gesagt habe!

Tochter: Ja, aber weisst du, was wirklich krass ist? Die meisten SchülerInnen, die das Experiment mitmachten, gingen mit den Stromschlägen so weit, dass beide, also Person A und Person B in der Simulation, starben. Das erzählte uns der Biolehrer. Voll krass, findest du nicht auch?

Vater: Ja, sehr bedenklich sogar. Tragisch ist auch, dass die Mehrheit der Klasse schwieg, die schweigende Mehrheit.

Tochter: Aber willst du wissen, warum der Biolehrer überhaupt auf so ein Experiment kommt?

Vater: Klar doch, erzähl!

Tochter: Wir hatten ein neues Aquarium im Gymi bekommen. Drei Schüler aus dem fünften Gymi-Jahr standen davor. Sie bemerkten, dass weniger Fische drin waren, als noch im alten Aquarium. Einer fragte: «Sind es die gleichen Fische wie im alten Aquarium?» Zufällig kam mein Biolehrer vorbei, schnappte die Frage auf und antwortete: «Ja, wir nahmen die Fische aus dem alten Aquarium raus, froren sie ein und taten sie dann ins neue. Leider schafften es nicht alle.»

Vater bricht in lautes Lachen aus.

Tochter: Warte, es kommt noch schlimmer ...

Vater: Nein, sag mir bitte nicht ...

Tochter: Doch! Als der Biolehrer kurze Zeit später wieder an den drei vorbeiging, merkte er, wie sie angeregt diskutierten. Er blieb stehen, begriff rasch und fragte: «Habt ihr das mit dem Einfrieren der Fische wirklich geglaubt?» Einer der drei antwortet erstaunt: «Ja, warum? Stimmt es etwa nicht?»

Vater krümmt sich vor Lachen. Nachdem er sich etwas erholt hat: «Ui nei, und dies nach fünf Jahren Gymnasium! Oh je, echt, sorry, aber das darf doch nicht wahr sein!»

Tochter: Doch, das erzählte uns der Biolehrer. So beschloss er, das Experiment mit dem Stromschlag, das irgendwo an einer Uni durchgeführt worden war, zu übernehmen.

Vater: Toller Lehrer, Kompliment. Und tolle Schülerin, Kompliment!

SIRO TORRESAN

Die Redaktion streikt

tai. Beinahe vier Tage hat die Redaktion der SDA gestreikt und mit ihrem Arbeitskampf den Verwaltungsrat gezwungen, in Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu treten. Sie wird wieder streiken, falls nicht auf ihre Forderungen eingegangen wird.



Demonstrationszug der SDA-Redaktion. Bild: zVg.

Die Direktion der Schweizerischen Depeschagentur (SDA) hat Anfang Januar die Massenentlassung von einem Viertel des Redaktionspersonals beschlossen. Rund 80 Beschäftigte sollen entlassen werden, insbesondere Mitarbeitende über 60 sind betroffen. Die Redaktion trat daraufhin in einen Warnstreik und leistete massiven Widerstand. Die gesamte Belegschaft legte für drei Stunden die Arbeit nieder und brachte damit ihre eindeutige Haltung gegenüber dem rücksichtslosen Vorgehen der Leitung zum Ausdruck. Dennoch gab es von der Direktion keinerlei Entgegenkommen. Die Direktion trat einzig auf kleine Verbesserungen des nach wie vor ungenügenden Sozialplans ein. Und nach Zusammenbrüchen von mehreren MitarbeiterInnen sagte sie zu, psychologische Betreuung zu organisieren. CEO Markus Schwab sagte öffentlich in einem Interview, die SDA sei einzig ihren AktionärInnen etwas schuldig. Diese Aus-

sagen zeigen offen, dass die SDA sich den Mitarbeitenden nicht mehr verpflichtet fühlt.

Entschlossene Redaktion

Der Widerstand der Redaktion verstärkte sich: Ab dem 30. Januar legten die wütenden JournalistInnen an allen Standorten für beinahe vier Tage die Arbeit nieder. Während dem Streik organisierten sie Demonstrationen in Zürich und Lausanne. Die Arbeitenden erzwangen so Gespräche mit dem SDA-Verwaltungsrat, woraufhin der Streik sistiert wurde. Bisher waren die Verhandlungen Sache der Geschäftsleitung, die ziemlich kaltblütig die Vorgaben des Verwaltungsrats umgesetzt und gesagt hat, sie habe keinen Verhandlungsspielraum. Nach dem Streik traf die Redaktion dann endlich eine Delegation des Verwaltungsrats und vereinbarte mit ihr die anstehenden Verhandlungen. An der Redaktionsversammlung haben die kämpferischen Medienschaffenden sehr klar zum Ausdruck gebracht, den Streik wieder aufzunehmen, sollte der Verwaltungsrat an den Verhandlungen nicht in befriedigendem Umfang auf ihre Forderungen eingehen.

Die Redaktion begrüsst an der Versammlung das Verhandlungsangebot des Verwaltungsrats. Der Arbeitskampf ist noch nicht beendet, da die wichtigsten Forderungen noch nicht erreicht, sondern erst Verhandlungsgegenstand wurden. Dazu gehört insbesondere die Sistierung der Kündigungen. Die Redaktionsversammlung hatte bereits vorgängig der Redaktionskommission und der Mediengewerkschaft Syndicom und der JournalistInnenorganisation Impressum das Verhandlungsmandat erteilt. Sie wird aufgrund des Gangs der Verhandlungen entscheiden, ob die Voraussetzungen für das Ende des Arbeitskampfs wieder gegeben sind.

Der Abbau im geplanten Ausmass gefährdet die mediale Grundversorgung der Schweiz. Auf diese Leistungen der SDA sind insbesondere die kleineren und mittleren Medienunternehmen angewiesen, die nur über beschränkte Mittel verfügen.

Eine Bewegung über die Wahlen hinaus

Maurizio Coppola. **Am 4. März wird in Italien ein neues Parlament gewählt. Die Aussichten sind düster: In den letzten Jahren hat Italien einen Rechtsrutsch aller institutionellen Parteien und einen massiven Angriff auf die Rechte der ArbeiterInnen erlebt. Potere al Popolo will darauf eine Antwort von unten sein. Die Wurzeln der Bewegung liegen in den sozialen Kämpfen.**

Potere al Popolo, so heisst eine im November 2017 ins Leben gerufene politische Bewegung, die an den kommenden Wahlen in Italien antreten wird. Potere al Popolo – sinngemäss am ehesten mit «alle Macht den ArbeiterInnen» zu übersetzen – ist nach einem Aufruf der AktivistInnen des Centro sociale «Ex-Opg Je so' Pazzo» in Neapel entstanden. Das Ex-Opg ist ein 2008 verlassenes psychiatrisches Gefängnis, welches im März 2015 besetzt wurde, um darin soziale Aktivitäten für und mit den QuartierbewohnerInnen zu entwickeln.

«An den kommenden Wahlen wird es keine politische Kraft geben, welche unsere Bedürfnisse und diejenigen der grossen Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes aufnimmt und sie zu beantworten weiss. Wenn uns niemand vertritt und wir aber die Mehrheit dieses Landes darstellen, warum versuchen wir nicht, uns selber zu vertreten? Warum wagen wir diesen Schritt nicht?», heisst es im Video-Aufruf. Diesem Aufruf sind neben kleineren linksradikalen Parteien in erster Linie linke Vereine, Basisgewerkschaften, Basisinitiativen und Personen gefolgt, die prekär leben und arbeiten. Menschen, welche die tägliche Gewalt der aktuellen politischen und ökonomischen Krise am eigenen Körper erfahren. Innerhalb von acht Wochen wurden zwei Versammlungen mit jeweils mehr als 1000 AktivistInnen aus ganz Italien und über 150 regionale Versammlungen zur Konstituierung von Potere al Popolo organisiert. Dies alleine ist ein wichtiger Erfolg dieser neuen politischen Bewegung, die in den sozialen Kämpfen ihre Wurzeln hat.

Eine destrukturierte Linke

In den Folgejahren der «Niederlage» der globalisierungskritischen Bewegung Anfang der 2000er Jahre wurde die italienische Linke auf der institutionellen Ebene stark destrukturiert. Nach und nach verlor sie auf nationaler Ebene institutionellen Einfluss und schied 2008 ganz aus dem Parlament aus. Aber auch die sozialen Bewegungen verloren immer mehr an Kraft, sodass in den letzten fünf Jahren kaum eine Mobilisierung von unten organi-

siert wurde, welche eine vereinigende Antwort auf die Fragmentierung der sozialen Kämpfe hätte sein können. Grob kann das Bild der italienischen Linken so skizziert werden: Auf der lokalen Ebene besteht eine Vielzahl von sozialen Basisinitiativen, die von den Centri sociali und lokalen Vereinen organisiert und angeboten werden. Alternative Krippenplätze und Sportangebote, juristische Unterstützung von MigrantInnen und ArbeiterInnen, Gassenküchen als Antwort auf die sich immer weiter verbreitende Armut und vieles mehr: Die radikale Linke hat sich auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Ausgebeuteten und Unterdrückten konzentriert – Bedürfnisse, welche kaum noch von den öffentlichen Institutionen oder von den traditionellen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung (Gewerkschaften, Volkshäuser etc.) beantwortet werden. Auf der einen Seite ist das eine positive Entwicklung, da dadurch die radikale Linke vermehrt mit den sozialen und politischen Subjekten der gesellschaftlichen Veränderung in Verbindung steht. So werden die sozialen Bedürfnisse «politisiert». Doch diese Politisierung bleibt auf der lokalen Ebene stehen und findet keinen Ausdruck auf der nationalen Ebene. Das sind der Widerspruch und die grosse Herausforderung, mit der sich heute die radikale Linke konfrontieren muss.

Zum politischen Subjekt

Potere al Popolo ist eine Antwort auf diesen Widerspruch. Daher geht es Potere al Popolo nicht darum, nach den Wahlen vom 4. März die Zusammenarbeit zwischen denjenigen politischen und sozialen Kräften, die sich im Programm wiedererkennen, abzubrechen und erneut in die lokalen Aktivitäten zurückzukehren. Potere al Popolo ist viel mehr als nur eine Wahlliste und ein Programm, sie ist ein Instrument und eine politische Herangehensweise, um die radikale Linke wieder im sozialen Terrain der Ausgebeuteten und Unterdrückten aufzubauen. Die Wahlen stellen einen von vielen Momenten dar, um die nötige Verbindung zwischen den politischen AktivistInnen und der Klasse zu knüpfen und zu festigen.



Die letzten Wochen des Wahlkampfes werden stark beeinflusst sein von den Ereignissen in Macerata, wo ein Rechtsextremist auf eine Gruppe von Menschen aus Afrika schoss und dabei sechs Personen verletzte. Beim Täter handelt es sich um einen 28-jährigen, der noch vor einem Jahr für die rassistische «Lega» von Matteo Salvini kandidierte. In den politischen TV-Talkshows wird nun fast ausschliesslich über die Legitimität dieser Tat gestritten. Es scheint ein Konsens zu sein, dass es völlig normal ist, wenn ein weisser Mann auf eine Gruppe von schwarzen Menschen schiesst. Die Aufgabe von Potere al Popolo wird also sein, während dieses Wahlkampfes die Werte des Antirassismus und des Antifaschismus zu verteidigen – dies jedoch nicht nur mit Worten, sondern mit den alltäglichen sozialen Aktivitäten an der Basis.

MAURIZIO COPPOLA, EHEMALIGER VORWÄRTS-REDAKTEUR, LEBT SEIT ZWEI JAHREN IN NEAPEL UND IST AKTIV BEI POTERE AL POPOLO.

Potere al Popolo will darauf eine Antwort von unten sein. Bild: zVg.

Syrien: Eskalation mit Israel

Nachdem die israelische Luftwaffe am 10. Februar erneut syrisches Territorium bombardiert hat, droht eine neue Stufe der Eskalation des Krieges. Die israelischen Streitkräfte begründeten die Attacken damit, dass eine «iranische Drohne» auf «israelisches Territorium eingedrungen» sei. Anders als in früheren Fällen reagierte die syrische Luftabwehr auf das Eindringen in den eigenen Luftraum mit einem Gegen-schlag. Israel räumte erstmals seit 1982 den Abschuss eines Jets seiner Luftwaffe ein, die beiden PilotInnen hätten sich retten können. Die Tageszeitung «Times of Israel» berichtete, die syrische Luftabwehr habe zudem weitere Kampfflugzeuge beschädigen können. Israel suche keine Eskalation, hiess es später. Man habe die USA und Russland kontaktiert, um die Lage zu beruhigen. Verantwortlich sei einzig der Iran, der die gesamte Region destabilisiere. Teheran dementierte die Vorwürfe umgehend und verwies darauf, dass der Iran an der Seite Syriens gegen den Terror kämpfe. Die Drohne sei zur Überwachung von KämpferInnen der Dschihadistenmilizen «Islamischer Staat» und Nusra-Front im Einsatz gewesen. Damaskus erklärte dagegen, die israelischen Angriffe seien eine «direkte Unterstützung für den Terrorismus» in Syrien. Die Behauptung Israels, dass eine Drohne «den Luftraum über den besetzten palästinensischen Gebieten» durchflogen habe, sei eine «pure Lüge». Weitere Angriffe werde man «nicht mehr tolerieren und ernst darauf reagieren».

Macrons Angriff auf die Arbeitenden

Cole Strangler. **Der französische Präsident Emmanuel Macron setzte seine neoliberale Arbeitsrechtsreform aus einer Position der Stärke durch. Der schwache Protest dagegen konnte sie nicht verhindern. Nun ist es zu einer Entlassungswelle gekommen. Tausende verloren den Job.**

Es war ein schwieriger Start ins neue Jahr für den französischen Arbeitsmarkt. Am 9. Januar kündigte die Groupe PSA, der zweitgrösste Autobauer in Europa, an, 2200 Stellen in ganz Frankreich zu streichen. Kurze Zeit später erklärte das Detailhandelsunternehmen Carrefour, 2400 Jobs zu vernichten, während das Modeunternehmen 200 Stellen abbauete. Diese Kahlschläge waren eine Erinnerung daran, dass Präsident Emmanuel Macron gerade eben die umfassendste Arbeitsrechtsreform seit einer Generation durchgesetzt hatte.

Nachdem die Proteste, die von den Gewerkschaften organisiert worden waren, im letzten Herbst verstummt waren, haben die ArbeitgeberInnen begonnen, die neuen Regeln auszunutzen: PSA setzte mehr als die Hälfte des Stellenabbaus mit einer Massnahme durch, die gesetzliche Einschränkungen bei Kündigungen lockert. Auch Pimkie ging diesen Weg. Auf kleinerem Niveau hat die Tageszeitung «Le Figaro» vor, 40 Stellen zu streichen durch das neue Prozedere. Besonders der Kahlschlag bei der Pariser Groupe PSA sticht hervor, die Autos unter den Marken Peugeot und Citroën produziert und erst vor einem Jahr die Marke Opel von General Motors für 2,2 Milliarden Euro gekauft hatte. 2017 erzielte das Unternehmen Rekordumsätze das vierte Jahr in Folge sowie eine historisch hohe Gewinnspanne. Wie ein wütender PSA-Metallarbeiter aus einer Pariser Vorstadt gegen über «Le Monde» sagte: «Je besser die Dinge laufen, desto mehr Leute entlassen sie.»

Die Arbeitsrechtsreform war ein wichtiger Sieg für Macron im ersten Jahr, nachdem seine Vorgän-

ger damit gescheitert waren. Der neue Präsident hatte den Vorteil einer absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung, setzte die Reform aber per Verordnung durch und verhinderte dadurch die Parlamentsdebatte und die Möglichkeit von unwillkommenen Abänderungen. Diese Umstände verlangten zwingend eine erfolgreiche Opposition von den Strassen. Nur ein massives Einmischen hätte die Regierung davon abhalten können.

Bewegung im Chaos

Frankreichs ArbeiterInnenbewegung befindet sich im Chaos. Zwei der drei grössten Gewerkschaften, darunter CFDT, die grösste Gewerkschaft des Privatsektors, weigerten sich, die Massenmobilisierung zu unterstützen. Beide entschieden, dass ihre Beziehungen zum Élysée-Palast so früh in Macrons Amtszeit nicht gefährdet werden dürften. Entsprechend blieb die Aufgabe an der kämpferischen CGT und der kleineren, linken Gewerkschaft Solidaires hängen, die Bewegung zu starten und anzuführen. Die TeilnehmerInnenzahl an den Streiks und den landesweiten Protestmärschen war begrenzt und kam niemals über die eigene linke Basis hinaus. Im einzigen Sektor, in dem es zu störenden Streiks kam – im Lastenwagentransport, der sich in vergangenen Kämpfen als zentral herausstellte –, handelten die Gewerkschaften ein Teilabkommen mit der Regierung aus, wodurch die LastwagenfahrerInnen dem Hauptschlag der Reformen entgingen.

Für die organisierte Arbeit waren die Ereignisse eine böse Erinnerung an ihre Distanz zur französischen Gesellschaft. Während die Gewerkschaft

grosse institutionelle Macht haben und Verträge im Namen beinahe der gesamten Arbeiterschaft verhandeln, sind nur 11 Prozent der ArbeiterInnen Gewerkschaftsmitglieder, ungefähr soviel wie in den USA. Vor zwanzig Jahren vermochten die französischen Gewerkschaften noch eine bedeutende Anzahl Nicht-Mitglieder zu mobilisieren, heute haben sie diese Reichweite nicht mehr. Gleichzeitig hatten auch die anderen GegnerInnen der Reform keinen Erfolg. Die linke Partei France Insoumise (Unbeugsames Frankreich), angeführt von Jean-Luc Mélenchon, versprach Massenproteste. Aber sie überschätzte die eigene Anziehungskraft, als sie zu einem eigenen, landesweiten Aktionstag aufrief, statt der Agenda der Gewerkschaftsbewegung zu folgen. Studierende, die magische Zutat für erfolgreiche soziale Bewegungen in Frankreich, tauchten auch nicht in grösseren Zahlen auf.

Bildungsreform steht bevor

Die Arbeitsrechtsreformen sind unpopulär in Frankreich. Dies erklärt, wieso Macron sie während der Hochphase seiner Präsidentschaft durchsetzte. Seine Zustimmungsraten haben sich auch wieder erholt nach dem Tiefpunkt im Herbst. Dies schränkt die Pläne der Regierung keineswegs ein. Macron und seine Verbündeten versuchen nun, die höhere Bildung umzustrukturieren durch die Einführung eines neuen Zulassungssystems. Nach dem Willen der Regierung soll Studierenden im ersten Jahr einen Platz im bevorzugten Studienfeld verweigert werden können. Die Bildungsreformen haben bereits erste Proteste ausgelöst.

Repressionen in Polen

Seta Radin. **Die Repression gegen KommunistInnen in Polen ist keine neue Erscheinung. In den vergangenen Jahren gab es viele Versuche, die Kommunistische Partei Polens (KPP) zu verbieten. Nun hat sich die Verfolgung weitere intensiviert. Ein Gespräch mit der KPP über die aktuelle Situation.**



Aktion der KP Polens.
Bild: zVg.

Malediven: Staatskrise

Auf den Malediven hat sich der Machtkampf zwischen Staatschef Abdulla Yameen und SpitzenvertreterInnen der Justiz in den letzten Tagen dramatisch zugespitzt. Seit der Oberste Gerichtshof Anfang Februar eine Verurteilung des vormaligen Regierungschefs Mohamed Nasheed und weiterer Angeklagter wegen Terrorismusvorwürfen aufgehoben hat, herrscht in dem südasiatischen Land eine Staatskrise. 2012 war der damalige Staatschef Nasheed von der linksliberalen Maledivischen Demokratischen Partei aus dem Amt gepuscht worden. Inzwischen hält er sich vorrangig in Sri Lanka auf, von wo aus er sich um den Aufbau einer breiten Oppositionsallianz bemüht. Bei den Wahlen im kommenden Oktober will er ein politisches Comeback erreichen, wie er gegenüber Medien bestätigte. Genau das befürchten Yameen und dessen Getreue nach dem Urteil des Supreme Court. Zwar haben die Obersten RichterInnen die Vorwürfe gegen Nasheed nicht komplett verworfen. Aber die Prozesse müssten neu aufgerollt und die Beschuldigten solange auf freien Fuss gesetzt werden. Da die RichterInnen zudem die Suspendierung von zwölf ehemaligen Abgeordneten des Regierungslagers aufhob, die zur Opposition gewechselt waren, droht Yameen nun der Verlust der parlamentarischen Mehrheit. Als Reaktion darauf entliess der Staatschef den bisherigen Polizeikommandeur und weitere ranghohe Beamte, die das Gerichtsurteil umsetzen wollten. Die Regierung verhängte für 15 Tage den Ausnahmezustand und löste das Parlament auf. Mehrere RichterInnen des Supreme Court einschliesslich dessen Vorsitzenden wurden festgesetzt.

In welcher Situation ist die KPP jetzt? Welchen konkreten Repressionen durch den polnischen Staat seht ihr euch gerade ausgesetzt?
KPP: Die Situation ist für die KPP momentan schwierig. Drei Genossen der KPP, darunter zwei Mitglieder der Redaktion unserer Parteizeitung «Brzask», stehen unter Anklage für «Propaganda für ein totalitäres System». Der letzte Verhandlungstag war Anfang Februar. Unsere Partei steht auch unter der Bedrohung, verboten zu werden. Nach Medienberichten hat der Generalstaatsanwalt das Generalstaatsanwaltsbüro angewiesen, Beweise zu sammeln, dass kommunistische Aktivitäten gegen die Verfassung verstossen, besonders gegen Artikel 13, nach dem Parteien, die sich auf die totalitären Praktiken von Kommunismus und Faschismus beziehen, verboten sind. Das ist Unsinn, denn die KPP ist eine registrierte, anerkannte Partei und es gibt keine «totalitären» Elemente in unserem Programm und Statut.

Was hat sich geändert in der polnischen Politik? Warum ist – eurer Analyse nach – eure Partei zurzeit mit diesen Repressionen konfrontiert? Ist das etwas Neues?
Die Repressionen gegen KommunistInnen in Polen sind keine neue Erscheinung. In den vergangenen Jahren gab es viele Versuche, unsere Partei zu verbieten. Die strafrechtliche Verfolgung wurde jedoch in den letzten zwei Jahren unter der neuen Regierung intensiviert. Antikommunismus ist Teil der Ideologie dieser Regierung und sie zielt darauf ab, sämtliche kommunistischen Aktivitäten zu elimi-

nieren. Es wurden auch Gesetze geschaffen, Strassen umzubenennen, deren Namen mit der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung assoziiert werden, und antifaschistische Denkmäler aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Diese Entscheidung trifft auf Widerstand vieler Kommunalregierungen und -behörden, auch von denen, die nicht links sind.

Könnt ihr noch wie gewohnt arbeiten?
Die KPP ist eine legale, registrierte politische Partei und arbeitet normal weiter mit der Durchführung von Versammlungen, der regelmässigen Herausgabe von «Brzask» und der Weiterführung der Aktivitäten im Internet. Wir sind bereit, den Repressionen ins Auge zu sehen.

Wie ist heute die Situation der ArbeiterInnenklasse in Polen?

Durch die grosse polnische Migration nach Westeuropa werden viele soziale Probleme verschleiert, zum Beispiel liegt die Arbeitslosigkeit im Moment unter 10 Prozent, und es sieht so aus, als würden die Auswirkungen der Krise des Kapitalismus etwas zurückgehen. Aber die meisten Menschen, die weggegangen sind, wollen nicht zurückkommen. Löhne und Gehälter sind in Polen immer noch sehr niedrig im Vergleich zu Deutschland oder anderen westeuropäischen Ländern. Die Lebenshaltungskosten steigen langsam, aber beständig.

Die Regierung beruhigt die Menschen, indem sie ein bisschen soziale Hilfe verteilt, so zum Beispiel 500 Zloty (140 Franken) für jedes zweite und weitere Kind in jeder Familie mit mehr als einem Kind. Das hat die extreme Armut ein bisschen verringert und wird von grossen Teilen der Gesellschaft unterstützt.

Aber es gibt sehr grosse Unterschiede zwischen dem Einkommen in den grossen Städten und in ländlichen Regionen. Arbeitslosigkeit ist, obwohl auf nationaler Ebene niedrig, immer noch ein grosses Problem in den weniger entwickelten Gegenden. Manche Städte haben immer noch mehr als 20 Prozent Arbeitslosigkeit. Premierminister Morawiecki, der über sich selbst sagt: «Ich bin ein Banker, ich bin ein Antikommunist», hat angekündigt, dass das gesamte Land eine spezielle Wirtschaftszone werden soll. Das würde Steuergeschenke für InvestorInnen und eine Flexibilisierung von Arbeitsverträgen be-

deuten, und damit eine grössere Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse.

Welchen politischen Schwerpunkt habt ihr in eurer täglichen Arbeit?
Momentan konzentrieren wir uns auf den Kampf gegen politische Repressionen und antikommunistische Propaganda. Gemeinsam mit AnwohnerInnen verteidigen wir die Strassennamen und die Denkmäler.

Wir sind die einzige klassenorientierte Partei in Polen. Deswegen sind ArbeiterInnenrechte und die Situation der ArbeiterInnenklasse unsere Schwerpunkte. Wir unterstützen Proteste und Streiks, aber beteiligen uns auch am Kampf der MieterInnen für bezahlbaren Wohnraum, gegen steigende Mieten und schlechte Lebensbedingungen.

Wie reagiert die polnische ArbeiterInnenklasse und der Rest der Gesellschaft auf die Repressionen gegen eure Partei? Bekommt ihr Unterstützung? Wer unterstützt euch und wer arbeitet gegen euch?

Die polnische ArbeiterInnenklasse ist momentan nicht organisiert. Die Gewerkschaften sind schwach, klassenorientierte Gewerkschaften sind klein. Die Anzahl an Streiks und Protesten ist drastisch gefallen. Die Situation ist weit von einer revolutionären entfernt.

Wir werden von vielen Organisationen unterstützt, aber auch von Menschen, die unserer Partei beitreten wollen, nachdem sie von der Verfolgung gehört haben. Die Masse der Solidaritätsaktionen war eine angenehme Überraschung. In vielen Ländern, auch in Deutschland, protestierten Menschen zur Verteidigung der KPP. Unsere FeindInnen sind die Regierungsbehörden mit ihrer nationalistischen und antikommunistischen Politik. Während sie KommunistInnen unterdrücken, ignorieren sie die wachsende extreme Rechte und die NeofaschistInnen.

Was können wir deiner Meinung nach bei uns tun, um euch zu unterstützen?

Proteste und Informationen über die Situation in Polen sind sehr wichtig. Wir begrüssen auch Solidaritätsaktionen vor diplomatischen Vertretungen Polens und Proteste gegen die Politik der polnischen Behörden.

Runter und rauf

Lars Mörking/UZ. **Hunderttausende ArbeiterInnen der Gewerkschaft IG Metall in Deutschland waren während den aktuellen Verhandlungen mit den ArbeitgeberInnen, der sogenannten Tarifrunde, in Streiks eingetreten. Es konnten Verbesserungen erkämpft werden.**

Auf einmal ging alles ganz schnell: Bereits am 5. Februar einigten sich die Gewerkschaft IG Metall und ArbeitgeberInnen im Pilotbezirk Baden-Württemberg auf einen Abschluss in der Tarifrunde für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie. Vereinbart wurde eine Lohnerhöhung von 4,3 Prozent für das erste Jahr. Im zweiten gibt es neben einer Einmalzahlung von 400 Euro statt einer Lohnerhöhung ein «tarifliches Zusatzgeld» von 27,5 Prozent eines Monatslohns pro Jahr. Als Wahloption kann diese in acht freie Tage für die Pflege von Angehörigen, Kindererziehung oder für SchichtdienstarbeiterInnen umgewandelt werden. Mit 27 Monaten wurde für den Tarifvertrag eine besonders lange Laufzeit vereinbart.

Langfristig vorbereitet

«Flexibilität ist nicht länger ein Privileg der Arbeitgeber», hiess es von der IG Metall zu diesem Abschluss. Tatsächlich wird die Arbeitszeit für beide Seiten flexibilisiert: Alle Vollzeitbeschäftigten mit mehr als zwei Jahren Betriebszugehörigkeit erhalten ab 2019 einen Anspruch auf eine reduzierte Arbeitszeit von bis zu 28 Stunden pro Woche für maximal 24 Monate. Allerdings muss diese von den Beschäftigten komplett aus der eigenen Tasche bezahlt werden. Auf der anderen Seite steht eine weitere Auf-

weichung der 35-Stunden-Woche: Der Kapitaleseite wird ermöglicht, mit deutlich mehr Beschäftigten als bisher 40-Stunden-Verträge abzuschliessen.

In der vergangenen Woche streikten bundesweit 500 000 KollegInnen der IG Metall in 280 Betrieben ganztätig, nachdem sich die ArbeitgeberInnen bei den Tarifverhandlungen quergestellt hatten. Diese ganztätigen Warnstreiks – die in gewerkschaftlich gut organisierten Betrieben durchgeführt wurden – hatte die Gewerkschaft langfristig vorbereitet. Entsprechend selbstbewusst traten die Streikposten an den Fabrikatoren auf. «Die erste klassische Warnstreikwelle mit Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und zentralen Kundgebungen war ein grosser Erfolg. Auch die neuen 24-Stunden-Warnstreiks können nur als grosser Erfolg bezeichnet werden», erklärte Jürgen Bäumer, Betriebsratsvorsitzender in Ostwestfalen/Lippe und Mitglied des Parteivorstands der Deutschen Kommunistischen Partei.

Druck aufbauen

Im Streiklokal in Osnabrück sagte der IG-Metall-Vertrauenskörperleiter bei VW, Achim Bigus, vor rund 2000 KollegInnen: «Wir haben in Aktionen gezeigt und auch selbst erfahren, dass die Räder in der Wirtschaft nicht von selber rollen, wer sie am Laufen hält, und dass wir sie auch anhalten können. Das

zeigen wir heute drei Schichten lang für 24 Stunden. Wenn wir das einmal hingekriegt haben, dann muss das nicht das letzte Mal gewesen sein.» Wie gut der Warnstreik funktionierte, zeigte sich auch in Hinblick auf die Fremdfirmen, die auf dem Gelände bei VW tätig sind. Viele der dort Beschäftigten hatten aufgrund des Warnstreiks ohnehin nichts zu tun. Wer dennoch arbeiten musste, liess das Licht im Büro aus, um sich nach aussen solidarisch zu zeigen mit den streikenden VW-KollegInnen.

Völlig ungeklärt ist, wie es mit der von der IG Metall geforderten Angleichung der Arbeitszeit in den ostdeutschen Bundesländern weitergeht. Hier hatte die IG Metall die 35-Stunden-Woche zur Forderung erhoben, auch weil die übergrosse Mehrheit der Beschäftigten im Osten dahinter steht. Nun empfiehlt die IG Metall erst einmal die Übernahme des Pilotabschlusses aus Baden-Württemberg, unmittelbar danach sollen die Gespräche über den Prozess der Angleichung an die 35-Stunden-Woche geführt werden. Das wären dann allerdings Verhandlungen während der laufenden Friedenspflicht. Dass die IG Metall durch Streiks Druck aufbauen kann, hat sie in den vergangenen Wochen eindrucksvoll bewiesen. Ohne das Druckmittel Streik wird eine Arbeitszeitverkürzung in den ostdeutschen Bundesländern so bald nicht zu erreichen sein.

Über Efrîn zum Faschismus

Murat Çakır. **Die Türkei ist in Efrîn, im Norden Syriens, einmarschiert. «Operation Olivenzweig» ist der verzweifelte Versuch, die Kontrolle über Kurdistan zu behalten. Analyse aus kurdischer Sicht.**

Unter dem zynischen Namen «Operation Olivenzweig» hat die Türkei einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg begonnen. Seit dem 20. Januar 2018 steht der nordsyrische Kanton Efrîn, nachweislich eines der wenigen befriedeten Gebiete Syriens, unter massiven Beschuss der zweitgrössten Nato-Armee. Türkische Artillerie und F16-Kampffjets bombardieren nicht nur zivile Wohngebiete und vermeintliche Stellungen der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ), sondern auch die Infrastruktur und historische Kulturgüter. Die Angriffe forderten bisher zahlreiche zivile Opfer, darunter viele Frauen und Kinder.

Gemeinsam mit dschihadistischen Mörderbanden versucht die türkische Besatzungsarmee, auf Efrîn vorzurücken. Die von der türkischen Regierung als «einheimisch und national» bezeichnete sogenannte Freie Syrische Armee ist im Grunde eine lose Koalition, welche aus unterschiedlichen dschihadistischen Gruppen – wie die ehemalige Al-Qaida in Syrien, Ahrar Al-Scham, Dschaisch Al-Nasr oder Nureddin-Zengi-Brigade sowie vom türkischen Geheimdienst (MIT) angeheuerten kriminellen SöldnerInnen besteht – eine Ansammlung von MörderInnen. Noch im Juli 2017 war in sozialen Medien zu verfolgen, wie Mitglieder der Nureddin-Zengi-Brigade den 12-jährigen palästinensischen Flüchtlingsjungen Abdullah Taysir Al-Isa enthaupteten. Heute grölen sie auf Videos, dass sie gekommen sind, um «KurdInnen zu vernichten».

Der türkische Angriff war von langer Hand vorbereitet, das Regime wartete nur noch auf einen Anlass. Mit der Erklärung der US-Armee, man werde in Nordsyrien eine von Teilen der «Syrischen Demokratischen Kräften» gebildete «Grenztruppe» aufbauen, war dieser Anlass scheinbar gegeben. Obwohl Efrîn für die Türkei keine Bedrohung darstellte, begann der massive Angriff. Was bezweckt das AKP-Palast-Regime damit?

Ein Dorn im Auge

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Türkei das demokratische Projekt, welches unter grössten Anstrengungen und unter den Bedingungen eines imperialistischen Stellvertreterkriegs aufgebaut werden konnte, mit aller Macht zerschlagen will. In Efrîn wird daher nicht nur eine Stadt bombardiert. Mit den Bombardierungen sollen die Errungenschaften der demokratischen Revolution vernichtet werden. In den nordsyrischen Kantonen wird versucht, mit basisdemokratischen Rätestrukturen, Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens, der Vergesellschaftung natürlicher Ressourcen, Produktionsgenossenschaften, bewaffneten Volksmilizen für Sicherheit und Ordnung sowie Verteidigungseinheiten als Volksarmee und durch die Lösung der Nationalitätenfrage über die Gleichberechtigung aller ethnischer und religiöser Bevölkerungsgruppen, ein Leben jenseits kapitalistischer Verwertungslogik, imperialistischer Fremdbestimmung und staatlicher Bevormundung aufzubauen. Diese demokratische Revolution steht allen Vorstellungen von Aufbau einer Gesellschaft entgegen, wie sie das AKP-Palast-Regime vertritt.

Doch es ist nicht nur die Befürchtung, dass dieses demokratische Experiment in den kurdischen Regionen der Türkei Nachahmung findet, weshalb die Türkei einen Teil Syriens besetzen will. Reich an billigen Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen sowie mit ihren Handelswegen und Pipelines ist Kurdistan das Tor zum Nahen Osten und hat damit für die herrschenden Klassen in der Türkei eine immense regional- und militärstrategische Bedeutung. Der Verlust der Kontrolle über Kurdistan käme einem Kontrollverlust über Arbeitskräfte, Märkte, Handelswege, Ressourcen, kurz über Produktivkräfte und Akkumulationsmittel gleich. «Operation Olivenzweig» ist der verzweifelte Versuch, die Kontrolle über Kurdistan zu behalten und somit die erhebliche Schwächung der türkischen Bourgeoisie zu vermeiden. Mit ihrer Schlüsselrolle als Energieumschlagplatz und wahrscheinlich vielen Zugeständnissen hat die Türkei die Einwilligung der anderen AkteurInnen in der Region sich erkaufen können.

Antimperialistischer Kampf

Aber der Revolutionsprozess ist auch für die Interessen der anderen AkteurInnen sehr problematisch. Demokratische Strukturen und der antikapi-

talistisch ausgerichtete Gesellschaftsvertrag könnte in anderen Ländern der Region Schule machen. Alleine die Vergesellschaftung natürlicher Ressourcen kann weder von den USA und der EU, noch von Russland, Iran und der Assad-Regierung akzeptiert werden. Das Beispiel eines nichtkapitalistischen Entwicklungswegs und erfolgreicher Abwehr imperialistischer Strategien trotz «taktischer Allianzen mit strategischen Feinden» hat sich für unterschiedliche revolutionäre Kräfte zur Inspirationsquelle ihrer Politik und zum strategischen Wegweiser ihrer Kämpfe entwickelt. Die demokratische Revolution in Nordsyrien hat weit über die Region die Machbarkeit einer emanzipatorischen Alternative sichtbar gemacht.

Die USA, die EU sowie Russland, Iran und die Assad-Regierung verfolgen jeweils ihre eigenen Strategien, um die kurdische Befreiungsbewegung zur Kollaboration mit ihnen zu drängen. Das scheint den RevolutionärInnen bewusst zu sein. So sagt das Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK), Rıza Altun folgendes: «Das Ziel der russischen Politik ist es, die kurdische Freiheitsbewegung und ihren Kampf in das bestehende System einzubinden. Mit der Liquidierung des IS sind die bestehenden Widersprüche in Syrien auf eine neue Ebene getreten. Vor diesem Hintergrund versucht Russland nun, die KurdInnen unter Druck zu setzen, dass sie sich letztlich «freiwillig» in das syrische Regime integrieren lassen.» Zur Politik der USA sagt er weiter: «Wenn wir die Beziehung im strategischen und taktischen Sinne betrachten, dann ist eine strategische Beziehung zwischen den USA und der PYD nicht möglich. Es gab nur die Möglichkeit eine taktische, konjunkturelle Beziehung aufzubauen. (...) Die USA hat stets versucht, die KurdInnen aus den Friedensverhandlungen für Syrien herauszuhalten. Allein diese Tatsache lässt uns die ganze Angelegenheit besser verstehen».

Altuns Aussagen belegen die Tatsache, dass die Kantone aufgrund des Fehlens der aktiven Unterstützung der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen in den Nachbarländern und ohne deren Aufbegehren gegen die herrschenden Klassen im eigenen Land keine andere Alternative hatten, als taktische Allianzen mit verschiedenen AkteurInnen zu akzeptieren. Altun unterstreicht, dass diese taktischen Allianzen weder politisch, noch ideologisch sind. «Es wird von uns ein antiimperialistischer Kampf geführt. Deshalb kann eine antiimperialistische Kraft nicht sagen, dass die ImperialistInnen sie verraten hätten. So wie der globale Imperialismus und die regionale hegemoniale Linie Ausdruck einer strategischen Situation ist, so ist auch das von den KurdInnen hervorgebrachte Paradigma Ausdruck einer klaren Linie und einer eindeutigen Haltung. Die strategischen Partner unserer Linie sind die globalen demokratischen Kräfte, die gesellschaftlichen Kräfte und die antisystemischen Kräfte», so Altun weiter.

Krieg und Faschismusaufbau

So wie der gescheiterte Putschversuch im Juli 2016 für das AKP-Palast-Regime ein «Segen Gottes» für die Installation des autoritären Präsidialsystems war, ist dieser Angriffskrieg ein weiteres, aber mächtiges Instrument für die gesellschaftliche, politische und rechtliche Organisation des Übergangs zu einer offenen faschistischen Diktatur. Noch ist die Notwendigkeit einer offenen faschistischen Diktatur nicht gegeben – immerhin besteht seit dem Angriff auf Kobanê eine Koalition der bürgerlichen Parteien und weiterhin eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Faktisch bildet die AKP mit der neofaschistischen MHP die Regierung. Aber auch die neugegründete rechtskonservative «İyi Parti» und grössere Teile der kemalistischen CHP unterstützen den Angriffskrieg. Während die türkische Bourgeoisie dank des immer wieder verlängerten Ausnahmezustandes, was der Regierung die Möglichkeit gibt, alle Streiks zu verbieten, «goldene Zeiten» erlebt, stehen grössere gesellschaftliche Gruppen hinter Erdogans Kriegspolitik. Insofern kann von einer breiten Mobilisierung der Gesellschaft gesprochen werden. Das hängt zum einen damit zusammen, dass bürgerliche Mittelklassen, die ihre Reproduktionsgrundlagen gefährdet sehen, die Auffassung der türkischen Bourgeoisie über die «Kolonie Kurdistan» teilen und zum anderen die ArbeiterInnenklasse ebenfalls eine offene Flanke für diese Wahrnehmung aufweist, da



in der Konkurrenz innerhalb der werktätigen Klassen sich die ethnische Zugehörigkeit in Hierarchien auf dem «Arbeitsmarkt» niederschlägt, bei dem KurdInnen unten stehen.

Hinzu kommt, dass Teile der vom Kemalismus beeinflussten türkischen Linken, die kurdische Befreiungsbewegung als «Kollaborateurin des Imperialismus» betrachten und teilweise von einem latenten Rassismus befallen sind, was mit der allgemeinen Kurdenfeindlichkeit korrespondiert. Obwohl zahlreiche andere linke Parteien gemeinsam mit kurdischen Gruppen in dem Linksbündnis HDP organisiert sind, entsteht keine breite gesellschaftliche Opposition, zumal die HDP durch Inhaftierungen und Verboten nur eingeschränkt agieren kann.

Zusammenleben gefährdet

Trotz der Tatsache, dass die faktische AKP-MHP-Regierungskoalition nur knapp die Hälfte der WählerInnen mobilisieren kann (was nach Meinung von Forschungsinstituten die Wiederwahl Erdogans 2019 gefährdet) und das Verfassungsreferendum im letzten Jahr auf einen möglichen Gegenblock hinwies, ist die Bildung eines gemeinsamen Oppositionszentrums nahezu unmöglich. Während die kemalistische CHP, als «Verteidigerin» der rassistisch-nationalistischen Staatsideologie die Repressionen gegen die HDP mitträgt und dazu beiträgt, den Schein eines halbwegs funktionierenden parlamentarischen Systems aufrechtzuerhalten, versuchen von Kemalismus beeinflusste türkische Linke, jede Nähe zur HDP zu vermeiden. Ähnlich verhalten sich diesen Parteien nahestehende Gewerkschaften und Berufsverbände. Mit dem Angriffskrieg scheint es dem AKP-Palast-Regime gelungen zu sein, eine breite gesellschaftliche Zustimmung für die weitere Faschisierung zu generieren und die legitimatorische Grundlage für die Ausschaltung der demokratischen Opposition herzustellen. Zwar wird die Aufrechterhaltung dieser Situation immer schwieriger werden, je länger der Krieg dauert und dessen ökonomische Folgen die Krisen verschärfen. Aber schon jetzt ist eine gesellschaftliche Atmosphäre entstanden, die ein Zusammenleben unterschiedlicher Nationalitäten in der Türkei verunmöglichen kann.

Das Fehlen eines breiten gesellschaftlichen Oppositionsbündnisses und der Verbindung unterschiedlicher Widerstandsherde ist keine neue Erkenntnis. Neu ist auch nicht, dass jegliche Opposition mit massiven Repressionen unterbunden wird. Selbst eine humanitäre Erklärung der Ärzeteunion reicht aus, um ihnen «Landesverrat» vorzuwerfen und sämtliche Vorstandsmitglieder zu verhaften. Neu ist jedoch, dass mit Präsidialdekretten die Bewaffnung von AKP-AnhängerInnen vorangetrieben und Oppositionelle zum Freiwild erklärt werden. So sieht ein neues Gesetz vor, dass zivile Personen, die gegen «PutschistInnen» Gewalt anwenden, straffrei bleiben. Zudem werden AKP-nahe «Sicherheitsfirmen» wie Sadat, die militärische Ausbildungscamps unterhalten, in den Nationalen Sicherheitsrat berufen und bewaffnete Vereine gebildet. So werden Massakern an Oppositionellen oder Minderheiten Tür und Tor eröffnet.

Rauch über Efrîn, nachdem die Türkei ihren Angriff startete. Bild: zVg.

Efrîn: Weiter Luftangriffe

Nach einer fünftägigen Pause hat die türkische Luftwaffe in der Nacht auf den 9. Februar wieder Angriffe auf den kurdischen Kanton Efrîn in Nordsyrien geflogen. Bombardiert wurden Wohngebiete im Zentrum von Efrîn-Stadt sowie eine Reihe von Dörfern. Dabei kamen nach Angaben der örtlichen Behörden zwei ZivilistInnen ums Leben. Am Tag davor hatte die türkische Tageszeitung «Cumhuriyet» noch berichtet, dass Russland den Luftraum über Efrîn gesperrt habe. Dies sei eine Reaktion auf den Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs durch die frühere al-Nusra-Front (HTS) in der Nachbarprovinz Idlib gewesen. Zu Wochenbeginn hatte die syrische Armee zudem neue Luftabwehrsysteme in den Regionen Aleppo und Idlib stationiert. Diese richten sich in erste Linie gegen Ankara. Die syrische Regierung ist mit dem in Astana-Abkommen ausgehandelten Präsenz der türkischen Armee im Norden Syriens unzufrieden. Trotz aller Spannungen mit den auf eine Föderalisierung Syriens bestehenden kurdischen Selbstverwaltungskantonen hat die Regierung in Damaskus kein Interesse daran, Efrîn unter die Kontrolle der türkischen Armee und ihrer dschihadistischen Söldnertruppen geraten zu lassen. Kräfte der syrischen Regierung liessen deshalb mehrfach Verstärkung für die VerteidigerInnen von Efrîn über eine von ihnen kontrollierte Strasse passieren. So konnten in den letzten Tagen über diesen Korridor ein Solidaritätskonvoi mit 2000 zivilen UnterstützerInnen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG nach Efrîn gelangen.

Solidarität als Herausforderung

Klaus Petrus (Text und Bilder). **Fast eineinhalb Millionen Menschen mussten vor Krieg und Hunger aus dem Südsudan nach Uganda fliehen. Dort werden sie wie Brüder und Schwestern empfangen, sie kriegen Land, erhalten Arbeit. Doch die Solidarität zwischen den Völkern droht zu bröckeln.**



Oben: Erst Zeltstädte, dann Städte mit Hunderttausenden Menschen. Im Norden Ugandas entstehen gerade die grössten Flüchtlings-siedlungen der Welt.

«Würde irgendein Staat in Europa Flüchtlinge wie Brüder und Schwestern empfangen? Sie wie eigene BürgerInnen behandeln? Ihnen Land geben? Arbeit? Ich glaube nicht.» Robert Baryamwesiga sitzt auf dem blauen Plastikstuhl im Schatten einer Hütte, die sein Büro ist. Vor eineinhalb Jahren wurde er von der ugandischen Regierung in den Norden des Landes gesandt, nach Bidi Bidi. Er sollte ein Camp für 40 000 Vertriebene aus dem Südsudan aufbauen. «Zu Beginn war alles noch überschaubar. Doch dann kamen immer mehr», erinnert sich Baryamwesiga. Erst waren es 80 000, dann 100 000, plötzlich eine Viertelmillion, und das allein in Bidi Bidi. Insgesamt sind bis heute fast 1,5 Millionen Menschen aus dem Südsudan nach Uganda geflüchtet. Was war geschehen?

Weg vom Krieg und Hunger

Bald sieben Jahre ist es her, da tanzten die Menschen auf den Strassen von Juba, der neuen Hauptstadt des jüngsten Staates der Welt. Kurz davor hatten 98 Prozent der SüdsudanInnen für die Unabhängigkeit vom Sudan gestimmt. Man versprach sich endlich Frieden und wirtschaftlichen Aufschwung. So sagte es auch Salva Kiir Mayardit, bis dahin Anführer der südsudanesischen Volksbefreiungsfront (SPLA) und jetzt erster Präsident des Landes. Doch es sollte anders werden. Schon zwei Jahre später, 2013, entfachte ein Bürgerkrieg, der bis heute andauert. Angezettelt wurde er ausgerechnet von Salva Kiir und Riek Machar, beides ehemalige Gefährten auf dem Weg in die Unabhängigkeit. Jetzt aber stritten sie sich um den Vorsitz in der SPLA und damit um das Amt des Präsidenten nach den ersten unabhängigen Wahlen 2015. Denn dieses Amt sollte dem gehören, der für die SPLA antritt.

Dass Salva Kiir den Dinka angehört und Riek Machar ein Nuer ist, machte die Sache noch schwieriger. Denn Spannungen zwischen den beiden Völkern gab es schon seit langem, auch innerhalb der SPLA. So wollte Machar anfangs der 1990er Jahre den SPLA-Gründer John Garang entmachten – ein Dinka – und griff dabei dessen Heimatstadt an, er liess Männer und Vieh töten und Frauen und Kinder entführen. Zwar hatte sich Machar Jahre später dafür entschuldigt, verziehen haben ihm die Dinka das Massaker aber nie. Als Präsident Salva Kiir 2013 in einer Ansprache noch einmal darauf zu reden kam, machten schon tags darauf Dinka-SoldatInnen in Juba Jagd auf Nuer, mehrere hundert von ihnen wurden getötet. Daraufhin schworen die Nuer für dieses «Blutbad von Juba» Rache. Das war der Beginn des

bis heute währenden Bürgerkrieges. Zehntausende Menschen mussten in diesem grausamen Gemetzel ihr Leben lassen, vier Millionen SüdsudanInnen sind auf der Flucht vor Krieg, Hunger und Elend, das ist ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Und davon wiederum sind fast eineinhalb Millionen über die Grenze in den Norden Ugandas geflüchtet.

«Sie sind unsere Brüder und Schwestern»

Das sind unvorstellbar viele Menschen, die sich – fast vom einen Tag auf den anderen – in diesem kargen, unwirtlichen Teil Ugandas niederlassen. Inzwischen kommen hier auf 1000 Einheimische etwa 12 000 Geflüchtete. Doch auch wenn es noch mehr werden sollten – was wahrscheinlich ist –, die Regierung wird sie nicht wegschicken, wird ihre Grenzen nicht dichtmachen wie fast überall sonst auf der Welt. «Sie sind unsere Brüder und Schwestern. Sie dürfen bleiben, solange sie wollen», sagt Baryamwesiga, inzwischen Campmanager von Bidi Bidi.

Tatsächlich passiert im Norden Ugandas derzeit Einmaliges. Kein anderer Staat hat im vergangenen Jahr so viele Geflüchtete aufgenommen. Und verteilt obendrein noch Land an die Vertriebenen: 30 mal 30 Meter sind es für jede Familie, darauf dürfen sie ackern und siedeln. Und das nicht erst nach Monaten oder Jahren, sondern unmittelbar nach der Ankunft in den Flüchtlings-siedlungen, wo die Menschen zuerst registriert und medizinisch versorgt werden. Die Parzelle, die ihnen zugeteilt wird, findet sich nicht in einem abgeschotteten Gebiet oder Lager, in dem die Geflüchteten unter sich sind, womöglich noch gegen aussen hin abriegelt und von einer Grenzpolizei bewacht. Die SüdsudanInnen werden vielmehr in Dörfern angesiedelt, in denen auch UganderInnen leben. Bei Baryamwesiga klingt das so: «Sie beackern dasselbe Land wie wir, sie beten in denselben Kirchen wie wir, ihre Kindern besuchen dieselben Schulen wie die unsrigen. Wir wollen Integration statt Separation.» Uganda soll nicht Kenia sein und Bidi Bidi kein zweites Dadaab werden, eines dieser Flüchtlingscamps mit Hunderttausenden von Menschen, verwahrlost, vergessen und verloren.

Internationale Gelder

Stattdessen kriegen die SüdsudanInnen nach ihrer Registrierung eine Bescheinigung, die es ihnen erlaubt, sich in Uganda frei zu bewegen und Arbeit zu suchen, wo immer sie welche finden. Dass es zwischen dem südlichen Teil des Südsudans und Norduganda kaum kulturelle Unterschiede gibt, er-

leichtert die inzwischen weltweit gerühmte, offene, progressive «Willkommenskultur». Tatsächlich reden viele der Menschen hüben wie drüben dieselbe Sprache, sie haben dieselbe Religion. Zudem wissen auch die UganderInnen nur zu gut, dass die Flucht ins Nachbarland oft die letzte Rettung bedeutet. Seit den späten 1980 Jahren trieb hier während zwanzig Jahren der Kriegsverbrecher Joseph Kony mit seiner Rebellen-truppe Lord's Resistance Army, der «Widerstandsarmee des Herrn», sein Unwesen, er liess 100 000 UganderInnen niedermetzeln und trieb zwei weitere Millionen in die Flucht, die meisten von ihnen über die Grenze in den damaligen Sudan.

Schon wegen diesen Gemeinsamkeiten verfolgt die ugandische Regierung das Modell einer gemischten Gemeinschaft, die auf Solidarität gründet; eine Parallelgesellschaft will sie unbedingt verhindern. Hinter dieser Politik steckt freilich auch ein Kalkül, das gibt Baryamwesiga gerne zu. «Die internationalen Gelder und die Arbeit der vielen Hilfsorganisationen hier vor Ort kommen auch uns zugute.» So wurden in den vergangenen zwei Jahren im unterentwickelten Norden Ugandas erstmals seit langem wieder die Strassen ausgebessert, es entstanden neue Märkte, Geschäfte, Unterkünfte und Restaurants, es wurden Brunnen gebohrt und Schulen gebaut. Ohne die Hilfe der internationalen Gemeinschaft wäre all das gar nicht denkbar gewesen. Man geht davon aus, dass ein Viertel dieser Gelder in Ugandas Staatskasse fliesst. Eine Win-Win-Situation also. Doch im Alltag sieht es für die Geflüchteten oft anders aus, sie sind auf sich selbst gestellt und müssen ums Überleben kämpfen.

Bier für ChinesInnen

Beispiel Gassim Kenneth, gross, schlank, 37 Jahre alt. Daheim in seiner Provinz im Südsudan war er Mechaniker, hier in Uganda musste er lernen, einen Garten anzulegen und Tiere zu züchten. Und während Kenneth unter Anweisung der NGOs Maniok, Okra, Tomaten und Salat anpflanzt, schaut seine Frau Jasmin zu den beiden Kindern – und weiteren sieben, die ihnen auf der Flucht buchstäblich in die Hand gedrückt wurden. «Als unsere Stadt von den Rebellen überfallen und niedergebrannt wurde, rannten wir weg. Manche mussten zurückbleiben, sie fragten mich: Kannst du wenigstens unsere Kinder mitnehmen? Was sollte ich da machen?» Anfangs habe es nicht gereicht für alle, es fehlte an Wasser und an Essen. Dann konnte Kenneth ein zusätzliches Stück Land pachten, darauf pflanzte er jetzt Reis an. Eigentlich wollte er noch Ingenieurwissenschaften studieren, doch Kenneth ahnt, daraus wird

Rechts: 30 mal 30 Meter kriegt jede vertriebene Familie von der ugandischen Regierung, um zu ackern und zu siedeln. Doch oft ist das Land karg und trocken.





nichts mehr werden. «Das Leben ist hart», sagt er beiläufig. «Wenn du nicht kämpfst, gehst du unter.»

Das weiss auch Martin Kuhmis, ebenfalls Ende dreissig. Auch er musste flüchten, weil sein Heimatdorf in Brand gesteckt wurde. Davor hatte er mit Holz gehandelt und konnte ein wenig Geld auf die Seite legen. Was ihm zugute kam, denn das Land, das er von den UganderInnen für den Ackerbau bekommen hatte, war karg und trocken. Und so sah er sich nach anderen Möglichkeiten um, er wandte sich an die HändlerInnen auf den Märkten und lernte ChinesInnen kennen, die den Geflüchteten Solarzellen und Handys verkauften – und für sich Bier wollten, das es da noch nicht gab. Also fuhr Kuhmis nach Arua, in die nächste grosse Stadt, hob sein Geld ab, besorgte sich kastenweise Bier und verkaufte es – lauwarm zwar – an die ChinesInnen. Die freuten sich und schenkten ihm einen Kühlschranks. Und Kuhmis eröffnete einen Laden mit allem Kleinkram und Cola und Bier und drei Spielautomaten, die ihm ebenfalls die ChinesInnen mitbrachten. Dort hängen jetzt die Jugendlichen rum und verspielen ihr einziges Geld. Was Kuhmis nur recht sein kann, wie er zugibt. «Zehn Prozent der Einnahmen gehen an mich.»

«Manche sind eben gerissener als andere!», Mary Dudu klingt verbittert. «Die ugandische Regierung sagt uns, hier seien wir alle gleich, hätten alle dieselben Chancen, bekämen alle gleichviel Essen. Aber das stimmt nicht.» Wer über ein Netzwerk verfügt und die richtigen Leute kennt, sei im Vorteil, ist die 28-jährige Südsudanerin überzeugt. Sie hat auf ihrer Parzelle Maniok angepflanzt, das sie jetzt auf dem lokalen Markt verkauft, zusammen mit Bohnen, die sie von den Hilfsorganisationen erhält. Das Geld reicht knapp für das Schulgeld der Kinder, manchmal noch für ein Stück Fleisch. Mary Dudu weiss, sie sollte nicht klagen, denn hier lebt sie wenigstens in Frieden. Ihre Heimat, der Südsudan, sei ein Schlachthaus.

Kampf um Ressourcen

Kenneth, Kuhmis, Dudu – es sind dies nur drei von weit über einer Million südsudanesischer Flüchtlinge, die jetzt in Uganda leben. Sie stellen die dortige Flüchtlingspolitik nicht infrage, sie zeigen aber, wie fragil die international gepriesene Brüderlichkeit und Schwesterschaft zwischen den beiden Ländern ist. Tatsächlich stehen beide Seiten in Anbetracht der bis heute andauernden Flüchtlingswelle vor grossen Herausforderungen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, das inzwischen über 40 internationale Hilfsorganisationen vor Ort sind. Was drohen kann, ist nämlich ein Streit um Ressourcen.

Ein Problem ist der Holzbestand, der infolge Hunderttausender neuer Hütten bedrohlich abnimmt. Inzwischen wird Holz aus dem Süden Ugandas und sogar aus dem benachbarten Kongo herbeigeschafft. Ein anderes, noch gravierenderes Problem ist die Wasserversorgung. Gemüse muss,

soll es heranwachsen und als Grundlage für die Selbstversorgung der Geflüchteten dienen, bewässert werden. Noch aber gibt es im Norden Ugandas zu wenig Brunnen. Das Wasser wird mit Tankern in die Flüchtlingslager transportiert, das ist ein aufwändiges und kostspieliges Unterfangen. Auch deshalb versuchen Hilfsorganisationen wie Malteser International, den Brunnenbau im Norden des Landes voranzutreiben. 300 an der Zahl wurden bereits gebaut, weitere 600 Brunnen bräuchte es, um die Siedlungen mit ausreichend Wasser zu versorgen.

Und dann das Essen. Einmal im Monat verteilen die MitarbeiterInnen von World Vision Reis, Bohnen, Mehl, Öl und Salz, alles Grundnahrungsmittel, welche die Organisation vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen erhält. Davon werden jeden Monat Tausende von Kubiktonnen an die Geflüchteten verteilt. Aber nicht immer ist genügend Essen da. Manchmal bleiben die Trucks mit den Vorräten auf der Strecke oder das Welternährungsprogramm hat selbst Engpässe. Auch sind nicht selten die Weltpreise auf Nahrungsmittel derart hoch, dass keine Vorräte eingekauft werden können. Dann müssen die Rationen in den Flüchtlingscamps gekürzt werden und den Menschen bleibt nichts anderes, als ihr Essen auf den lokalen Märkten einzukaufen – oder für den Rest des Monats zu hungern.

Wie Elizabeth Araba, eine alte Frau von 85 Jahren, das immer wieder tun muss. «Wir kriegen zu wenig Essen, manchmal reicht es nur für zwei oder drei Wochen im Monat.» So geht es vielen. Zwar sollen die Geflüchteten schon bald von ihrem eigenen Garten leben können, doch bis dahin sind die meisten ohne Arbeit und haben kein Geld. Vor knapp einem halben Jahr kam Araba durch den Sumpf nach Uganda, drei Wochen war sie auf der Flucht, sie hatte kaum Wasser, musste sich von Beeren und Kräutern ernähren, wie sie erzählt. Ohne die NachbarInnen, die ebenfalls vertrieben wurden, hätte sie es nicht geschafft. Neben Kindern und Säuglingen gehören alte Menschen unter den Geflüchteten zu den am meisten verwundbaren. Viele von ihnen sind krank und gebrechlich, sie bleiben zuhause zurück oder sterben auf der Flucht. Auch Araba ist erschöpft, sie sagt unentwegt: «Das Leben ist ein Jammer.» Ihr Mann und ihre Kinder wurden von den Dinka getötet. Ob Araba, die dem Volk der Nuer angehört, jemals vergessen kann, was die Dinka ihrer Familie angetan haben, daran zweifelt sie. Doch will sie keine Feindschaften fortsetzen, nicht hier, in diesem fremden Land. «Ob Nuer oder Dinka, wir sind Flüchtlinge, das macht uns alle gleich.» Wie es dann sein wird, wenn sie in ihr Dorf nahe der Stadt Yei im Süden von Zentraläquatoria heimkehrt, das weiss sie nicht. Vielleicht wird wieder Frieden sein, vielleicht werden sich Nuer und Dinka aufs Neue bekriegen. Zwar lautet die Devise der ugandischen Regierung, dass an Konflikten im Südsudan bleibe

solle, was dort passiere. Trotzdem kommt es in den Flüchtlingslager immer wieder zu Ausschreitungen. Deswegen hat die ugandische Regierung nun damit begonnen, die Vertriebenen nach Nuer und Dinka zu trennen und in separaten Siedlungen unterzubringen.

Zu positiv?

Robert Baryamwesiga, der Campmanager von Bidi Bidi, weiss: Je ausgeprägter der Streit zwischen den Klans und je grösser der Bedarf an lebensnotwendigen Ressourcen, desto wahrscheinlicher ein Konflikt. Um Versöhnungsarbeit zwischen Nuer und Dinka zu betreiben, bedarf es genauso nachhaltiger Strukturen wie um den Mangel an Wasser oder Nahrung zu beheben – und dazu wiederum braucht es Geld. «Die ugandische Regierung kann die finanzielle Verantwortung nicht alleine übernehmen, wir brauchen die Hilfe der internationalen Gemeinschaft», so Baryamwesiga. Doch das scheint leichter gesagt als getan. Für das vergangene Jahr ist jedenfalls nur knapp ein Drittel der von der UN budgetierten Gelder zugesagt worden. Über die Gründe kann Baryamwesiga nur spekulieren. «Vielleicht ist Ugandas Flüchtlingspolitik am Ende zu positiv, sodass alle glauben, es gebe hier gar keine Flüchtlingskrise.» Sollte der Campmanager recht haben, hätte dies für die Menschen schwerwiegende Folgen. Wo angeblich keine Krise ist, da wird auch kein Geld fließen.

Oben: Über eine Million SüdsudanInnen mussten bisher in den Norden Ugandas flüchten, viele von ihnen sind Frauen und Kinder.

Unten: 300 Brunnen wurden bisher im Norden Ugandas neu gebaut, weitere 600 bräuchte es, um die Geflüchteten mit Wasser zu versorgen. Bis dahin wird das Wasser in Camion in die Siedlungen gebracht.



Niederlage und Zukunft

sit. Am 30. Januar startete in der Bildungsgruppe PolitArbeit & Theorie (BG PAT) der PdA Zürich ein neuer Lesezyklus. Thema ist das Buch «Niederlage und Zukunft des Sozialismus» von Heinz Hans Holz. Der Autor ruft auf, die eigene Geschichte zu verarbeiten, aber nicht in Trauerarbeit.



Genosse Hans Heinz Holz (1927 - 2011). Bild: zVg.

«Das Buch ist in einer sehr verständlichen Sprache geschrieben», stellte eine Genossin gleich zu Beginn des Abends fest und fügte hinzu: «Es lässt sich sehr flüssig lesen.» Beweis dafür ist, dass es während der ganzen Diskussion, die gut 90 Minuten dauerte, praktisch keine Verständnisfragen zum Text gab. Es wurde immer über den Inhalt diskutiert und dies spricht für die Qualität des Buches. Veröffentlicht wurde es vom Verlag Neue Impulse und zwar im Jahr 1991, also gleich nach dem historischen Rückschlag des Sozialismus. So erstaunt es wenig, dass die Diskussion immer wieder auf dieses geschichtliche Ereignis und dessen Folgen zurückkam. «Unter den Linken fand damals ein allgemeines Wundenlecken statt», stellte ein Genosse wenig charmant, aber umso treffender fest. Es war eine Zeit, der massiven

gesellschaftlichen Veränderung und für die Linke, insbesondere für die KommunistInnen, eine Zeit des sich Hinterfragens: Man suchte krampfhaft und teilweise hilflos nach Antworten, fand aber immer nur Fragen, die zu noch mehr Fragen führten, ein Teufelskreis ohne sichtbares und vorstellbares Ende. Es war auch die Zeit, in der «die klassischen Patrons verschwanden und an ihrer Stelle die Manager kamen», hielt eine Genossin fest. Dies steht sinnbildlich für jene Jahre, in denen der Neoliberalismus seinen barbarischen Feldzug begann.

Energischer Blick nach vorne

Passend zu jener Zeit lautet der Titel des ersten Kapitels «Marxismus in der Krise?». Holz beginnt sein Werk mit folgender Aussage: «In der Frage, was die theoretische Grundlage kommunistischer Parteien in Zukunft sein sollte, gibt es offenbar einige Verwirrung. Zurück zu Marx, sagen die einen, als ob es nicht seitdem ein Jahrhundert politische Praxis und Theorieentwicklung gegeben hätte. Ohne Marx, sagen die anderen, weil dessen Theorie veraltet sei. Neues Denken, sagen die Dritten, aber sie können nicht recht sagen, was sie darunter verstehen. Vielleicht ganz ohne Theorie und mit beliebigem Meinungspluralismus wollen es schliesslich auch einige haben.» Kurz auf Punkt gebracht: Was tun und wie weiter? Einen zentralen Aspekt, um die beiden Fragen zu beantworten, erarbeitet und erklärt Genosse Holz am Ende des ersten Kapitels.

Er hält fest, dass der Aufbau des Sozialismus und der internationale Kampf der KommunistInnen unter «äusserst widersprüchlichen Bedingungen» stattfanden und zu «Widersprüchen, Fehlern und Deformationen» führten, die Teil der Geschichte der KommunistInnen sind. Der Autor ruft dazu auf, die eigene Geschichte zu verarbeiten, aber nicht in «Trauerarbeit», sondern «wissenschaftlich mit strengem Blick zurück und energischem Blick nach vorn». Holz kommt zum Schluss: «Schon deshalb ist der Ruf ‹Zurück zu Marx› falsch: Marx, Engels, Lenin sind selbstverständlicher Bestand unseres theoretischen Bewusstseins, immer zu bewahren und immer neu zu erarbeiten.»

In der Diskussionsgruppe der BG PAT herrschte darüber Einigkeit, dass dies eine «Kernaussage» im ersten Kapitel sei, genauso wie folgende: «Politisches Handeln ist jedoch mehr als nur die Umsetzung von Theorie in Praxis. Es ist vor allem auch Vergegenwärtigung historischer Erfahrung, der Erfolge und Fehler der eigenen Geschichte.» Und um die Wichtigkeit des Aufarbeitens der eigenen Geschichte zu unterstreichen, sei ein anderer, grosser Denker und Kommunist des 20. Jahrhunderts zitiert, Pietro Ingrao: «Wer keine Vergangenheit hat, hat keine Zukunft und ist zu einem ewigen Präsens verdammt.» Genosse Ingrao starb am 27. September 2015 in Rom im hohen Alter von 100 Jahren.

In der Wirklichkeit leben

Im Unterkapitel «Widerspruch des Kapitalismus» erläutert Holz die «Unterordnung des Menschen unter die Kapitalinteressen» anhand eines Vorfalls in der Schweiz: «Im Waadtländer Kantonsparlament wurde ein Antrag auf Erlass eines Rauchverbots in öffentlichen Räumen abgelehnt. Begründung: Ein Rauchverbot in öffentliche Räume würde nicht zu einer Reduktion der Gesundheitskosten führen, da eine Verlängerung des Lebens eine Erhöhung der Betreuungskosten für Betagte nach sich ziehen würde.» Die Absurditäten des Kapitalismus führten zu einer angeregten Diskussion und zu viel Kopfschütteln. Aber auch zu Fragen wie: Warum nehmen es viele einfach hin? Warum halten viele die Absurditäten für normal?

Der Autor zeichnet sich dadurch aus, dass er Wesentliches mit einfachen Worten auf den Punkt bringt: «Mythologie, Religion, Kunst, Philosophie vertreten im Bewusstsein der Menschen das wirkliche Sein. Je geringer oder schiefer ihre Kenntnis davon ist, umso phantastischer ist die Ideologie; je grösser und genauer ihre Kenntnis, umso mehr nähern sie sich einer wissenschaftlichen Weltanschauung.» Oder: «Die Voraussetzungen einer nicht bloss pragmatischen, gar opportunistischen sozialistischen Politik, die das Ziel der Überwindung des Kapitalismus und des Übergangs zur klassenlosen Gesellschaft nicht aus dem Auge verliert, ist die ständige Arbeit an der richtigen Theorie der Wirklichkeit, in der wir leben.»

Selbstverständlichkeiten

Die Fortsetzung des Buchs verspricht Spannung und für Diskussionsstoff ist sicher gesorgt. Denn Holz spart auch nicht mit «Selbstverständlichkeiten für KommunistInnen», die er im Kapitel 2 festhält. Beginnen werden wir die nächste Runde der BG PAT am Dienstag, 20. Februar, aber mit der letzten Aussage im ersten Kapitel, die praktisch Kapitel 2 einläutet: «Die Aufgabe der Kommunisten ist es, an der Spitze der Entwicklung von Klassenbewusstsein zu stehen, weil sie über eine wissenschaftliche Weltanschauung verfügen. Mag zu Zeiten die Erfüllung dieser Aufgabe auch schwer fallen – wer Kommunist sein will, muss sich ihr stellen und gewachsen fühlen.» Nun, so ein Satz hätte vor 25 Jahren in einer Diskussion unter Linken zu hochroten Köpfen geführt. Bestimmt wäre der wütende Vorwurf gekommen: Ihr ewiggestrigen KommunistInnen mit eurer Vorstellung der Avantgarde. Wie sieht es aber ein Vierteljahrhundert später aus, in dem der Neoliberalismus gewütet hat und kein Ende des Wütens in Sicht ist? Welche «Selbstverständlichkeiten» sind notwendig, um den Kampf gegen das Monster zu führen?

INFOS ZUR BG PAT: WWW.PDAZUERICH.CH

Dylan Calling!

H. P. Gansner. **Drei Romane prägten den jungen Bob Dylan, der auch dadurch Pazifist wurde und blieb. Dylan konzentriert in seinem Schaffen Raum, Zeit und Aktion des US-amerikanischen Mythos wie kein anderer. Dylan hat zu Recht einen Platz in den Geschichtsbüchern der Kunst.**



Bob Dylan hat 2016 den Literaturnobelpreis erhalten. Bild: zVg.

Das Büchlein von Hoffmann und Campe, der auch die gesamte Poetry inklusive Noten zu den Songs (plus einen weniger präventösen ergänzenden zweiten Band) sowie das erzählerische Werk herausgegeben hat, legt ein Bijou in schwarzer Seide vor, kaum grösser als ein Eisenbahnkursbuch, als es noch Eisenbahnkursbücher gab. Dylan ergänzt in seiner Vorlesung, die er in den Vereinigten Staaten hielt, seine Dankesrede, die er mit etlicher Verspätung in Schweden damals hielt.

Dylans Jugendlektüre

Für seine literarische Prägung waren drei Romane entscheidend, die er in seiner Jugend las. Hermann Melvilles Moby Dick: bei diesem Buch interessierte ihn, wie ein Mensch reagiert, dem etwas Schreckliches zustösst. Ein Kapitän verliert im Kampf mit dem weissen Superwal seinen Arm, der andere ein Bein, der dritte den Verstand, ein vierter kämpft nicht, sondern treibt am Schluss

in die Tauen seines Schiffs eingewickelt auf einem leeren Sarg einer schönen Insel mit Palmen und friedliebenden InsulanerInnen zu. Das gab dem jungen Bob zu denken: Es kommt also weniger darauf an, was uns zustösst, sondern wie wir darauf reagieren. Wenn du das Buch nicht kennst: Lies es! Du wirst deine eigene Geschichte, deinen «Mythos» daraus ziehen! Erich Maria Remarques «Im Westen nichts Neues» machte den Heranwachsenden zum unverbesserlichen Pazifisten, der er bis heute geblieben ist, auch wenn es immer wieder Verleumdungen und böswillige Unkenrufe gab, er sei Aktionär bei Rüstungskonzernen und ähnlicher Bullshit. Lewis Carrolls «Alice im Wunderland» gab trotz der Grausamkeit der Kriegsschlächtereien im Roman von Remarque über die Menschenschlachten des Ersten Weltkriegs, die man immer wieder irrtümlicherweise «Materialschlachten» nennt, die trotzige Prise Phantasie und Lust am Fabulieren und Träumen dazu: «Noch einmal

kehre ich zurück zu Homer: Singe in mir, oh Muse, und durch mich erzähl die Geschichte.»

US-amerikanischer Mythos

Wobei «Geschichte» eine approximative Übersetzung für «Mythos» ist. Und der nordamerikanische Mythos ist ein junger Mythos, im Vergleich zu anderen Greisenkulturen des Erdballs. Eigentlich fängt er mit Christoph Columbus an und endet mit Donald Trump – man muss sagen: ein Stillstand, wenn nicht ein Rückschritt! Aber dazwischen unglaubliche Dimensionen: die Menschenrechtserklärung und die Freiheitsstatue; der Bürgerkrieg und Henry Ford; Superman und die Familie Duck; die GoldgräberInnen und die TrapperInnen; die Indianerstämme und Sitting Bull; Jonny Cash, die Railroad-Romantik und die UCLA; die Friedensmärsche, Acid und die «Gras-halme» von Walt Whitman; Zorro; die Prohibition und die Mafia; das Chelsea-Hotel in NY, wo das Gerangel zwischen Bob Dylan und Leonhard Cohen um Janis Joplin, damals heiss umkämpfte Liebesgöttin der 68er-Stars antike Formen anzunehmen begann, die griechischen Tragödien gleichkommen; die Mondlandung und die Watergate-Story. Kurz: der Stoff – Träume und Alpträume –, aus dem eben der US-amerikanische Mythos ist, dick wie ein Cowboysattel und zartduftend wie eine Savannenblume, weit und prächtig leuchtend wie die Sierra Nevada und endlos wie die Route 61 hinunter in den Süden und der Highway 66 von Osten nach Westen. Raum, Zeit und Aktion konzentriert Dylan wie unter einem Brennglas, und wenn ein unbedarfter Journi ihn fragt, was er eigentlich mit seinen oft ins surrealistische kippenden Texten aussagen will, dann sagt er: «Listen to my songs, and you will understand.»

Pflichterfüllung und Heldentum?

sah. **Den Krieg als Abenteuer im Groschenroman und pseudohistorisches Militärmagazin gibt's am Kiosk zu kaufen: Im «Landser»-Nachfolger, der einen Schweizer Verleger hat, werden weiterhin Nationalsozialismus, Holocaust und Waffen-SS verherrlicht und verharmlost.**

«Der Bataillonskommandeur erhält Verstärkung von einigen hundert Hitlerjungen. Die neuen Kämpfer zwischen 14 und 16 Jahren brennen darauf, so wie Soldaten zum Einsatz zu kommen. Diese Jugendlichen hören in ihrem Eifer kaum auf Ratschläge und stürzen sich mit ihren Panzerfäusten und Gewehren auf die sowjetischen Gefechtsvorposten. Sie gehen auf den Feind los, als ob sie hinter Trommeln und Fanfaren her marschieren würden.» Wir haben das Jahr 2018 und ich kaufe mir ein Groschenheft für 2,95 Euro an einem Kiosk in Berlin. «Götterdämmerung» heisst der Band der «Weltkrieg Erlebnisberichte». Thema dieser Ausgabe ist Berlin 1945: Das SS-Sturmabteilung Charlemagne hält die letzte Stellung gegen die RussInnen. Charlemagne bezieht Stellung in der Schlacht um Berlin.

«Ich brauche dich»

So steht im Erlebnisbericht: «Der verwundete Sturmabteilung Bourral (...) darf sich in einen Sessel setzen, der mit einer geblühten Decke überzogen ist. Eine Zigarre wird ihm angeboten, neben der Sitzgelegenheit ist ein Tisch mit einem Blumenstrauß und aus einem Radio tönt Beethovenmusik. Offiziere um ihn herum gehen geschäftig hin und her ... Bourral ist nicht der einzige, der Glück hatte in der Schlacht rund um Berlin. Oberscharführer Olliver trifft per Zufall – nach dem er seine Kameraden verloren hat – auf SS-Obersturmbannführer Reinhold Heller. «Wie freu' ich mich, Sie wieder zu sehen, Hauptsturmführer», sagt Olliver. «Ich hoffe, Sie helfen mir, wieder zu meinem Bataillon zu kommen.» «Kommt gar nicht in Frage», erwidert Heller. «Ich brauche dich. Du bleibst bei uns und bekommst die Führung über zwei 15-cm-Geschütze.» Olliver werden junge Waffen-SS-Männer zugeteilt, die zur Division Das Reich gehören.» Eine Fussnote erklärt, dass SS-Obersturmbannführer Reinhold Heller Leiter der Staatspolizeistelle Potsdam war. Nicht erwähnt wird dabei, dass Heller ab 1933 zu den ersten Beamten der Gestapo gehörte und als Experte zu linken Strukturen dafür sorgte, dass möglichst viele GegnerInnen ausgeschaltet wurden. Heller als frühes NSDAP-Mitglied leitete die Besetzung der kommunistischen Parteizentrale in Berlin, um hier ein Hauptquartier zu schaffen. Nach dem Reichstagsbrand wurde er als Kommunismus-Experte bei der Untersuchung beigezogen, um in der Öffentlichkeit den Brand als Anschlag der Linken umzudeuten. 1938 trat er in die SS ein, als Polizei und SS zu einem Repressionsapparat verschmolzen. Ein Jahr später wurde Heller Leiter der Staatspolizeistelle in Potsdam und leitete u.a. das Zuchthaus Bautzen. Hier war er auch für den «Schutzhäftling» Ernst Thälmann verantwortlich, respektive wohl beim Fällen der Entscheidung zu dessen Liquidierung beteiligt.

Seit den 50ern

«Weltkrieg Erlebnisberichte» ist der Nachfolger der berühmten «Landser»-Serie des Pabel-Moewig-Verlags. Es handelt sich bei den Heftchen um mehr als kriegsverherrlichende Romane, die das Bild einer «sauberen und unschuldigen Wehrmacht» aufrechterhalten wollen. AutorInnen der Beiträge waren ab den 1950er Jahren meist ehemalige NSDAP-Mitglieder, die oft bereits während der NS-Zeit als AutorInnen tätig gewesen waren. Der Gründer und Chefredakteur von «Der Landser», Bertold K. Jochim, flog ehemals als Jagdflieger, nun stützte er sich bei der Publikation der «Erlebnisberichte» auf Vorläufer der Jugendliteratur aus dem «Dritten Reich». Die Gründungszeit des «Landers» fiel mit dem Wegfall der «Zensur» durch die Alliierten und dem politischen Klima der Wiederbewaffnung in Deutschland zusammen. Auch das Klima rund um den Kalten Krieg förderte den Verkauf dieser Berichterstattung.

Angefangen hat die Serie mit Geschichten über den See- und Luftkrieg. In diesen Einheiten wurde die Verengung und Verkürzung besonders offensichtlich: Der Krieg als einzelnes und unübersichtliches Geschehen wird hier auf etwas Einfaches reduziert – eine Duellsituation, sei es mit U-Booten oder mit Flugzeugen, wobei in erster Linie die Maschine sichtbar ist, die in den Fluten verschwindet oder nach unten fällt, schreibt Dieter Kühn in «Luftkrieg als Abenteuer» über die Ideologie von «Der Landser».

«Landser»-Kopie

Das eigentliche Heer kommt in den Erzählungen erst später dazu. Hier ist nicht der eigentliche, einfache Landser im Zentrum, sondern Offiziere mit mittlerem oder niederem Dienstgrad – und Ritterkreuzträger. Die Waffen-SS ist normaler Bestandteil der Wehrmacht. Deutsche Kriegsverbrechen, sowie Konzentrationslager oder Gestapo werden in den Heften nicht erwähnt. Kriegsursachen sind nicht Thema und Kämpfe werden zu etwas Natürlichem und Schicksalhaftem – Momente der Pflichterfüllung, voller Heldentum. Angriffskriege werden zu Verteidigungskriegen.

Dieses erfolgreiche Modell wurde nach Verlagswechsel und der Einstufung einiger Nummern als jugendgefährdend bis 2013 fortgeführt – der damalige Bauer-Verlag stellte die Reihe ein. Der Verlag war vom Simon-Wiesenthal-Center scharf angegangen worden. Verherrlichung des Nationalsozialismus, Verharmlosung von Waffen-SS und Holocaust lauteten die Vorwürfe, ein Verbot wurde gefordert. Bereits im gleichen Jahr nach dem letzten Erscheinen der Nummer wurde als «Landser»-Kopie das erste Heft der Reihe «Weltkrieg Erlebnisberichte» veröffentlicht. Herausgeber des Heftes ist der im schweizerischen Sarnen ansässige Verlag Mediavari AG.

Fragwürdige Tradition

Das Konzept von «Weltkrieg» ist beinahe identisch mit dem alten «Landser». Obwohl der Zweite Weltkrieg schon über 70 Jahre zurückliegt, erscheinen jetzt regelmässig ähnliche «Erlebnisberichte» in Reihen. Die bereits im Original angebotene fragwürdige Tradition der «Ritterkreuzträger»-Porträts wird



in «Weltkrieg Soldaten» fortgeführt. Hier wird ein ganzes Heft einem Ritterkreuzträger oder einem Soldaten mit ähnlicher Auszeichnung als Denkmal für persönliche Leistung und Tapferkeit gewidmet. Allerdings findet sich die Soldaten-Hefreihe neuerdings nur noch schwer in der Auslage an den Kiosken.

Das erste Porträt handelt von Horst Niemack. Der Generalmajor war Ritterkreuzträger im Heer der Wehrmacht und später Brigadegeneral in der Bundeswehr. Mit seinem Rang als «Generalmajor» als Mitglied auf höherer Führungsebene wird der Ritterkreuzträger dem höherrangigen General und dem Generalleutnant als den vorher genannten unterstellt, so dass hier von einem einfachen und unschuldigen «Landser» keine Rede sein kann. Ob Fliegerass, Fahnenjunker oder Korvettenkapitän, diese «Landersoldaten» und viele andere wurden später, wenn sie die Kriegsgeschehnisse überlebten, in grosser Zahl Teil der Streitkräfte von Nachkriegsdeutschland.

Zeichnung auf einer Titelseite des Naziheftchens «Weltkrieg Erlebnisberichte». Bild: zVg.

Imperialistische Kriege im Nahen Osten

Matin Baraki. In «Krieg und Chaos in Nahost» werden die von den USA inszenierten Kriege am Golf messerscharf analysiert und gezeigt, wie UN-Beschlüsse instrumentalisiert und die Uno durch die US-Administration permanent gedemütigt wurden.

Aktham Suliman, der aus Syrien stammende Journalist und ehemals Berliner Büroleiter des qatarischen TV-Senders «Al Jazeera», bekannt als «arabischer CNN», leitete diesen von 2002 bis 2012. Er hat nun eine brillante, sachlich und kritisch geschriebene Analyse der Kriege und des vom US-Imperialismus verursachten Chaos im Nahen Osten vorgelegt. Suliman ist zu bescheiden, wenn er seine, sich nur auf Nahost beziehende Analyse einschränken möchte. Dem Autor gelang es, Ursachen, Triebkräfte und strategische Hintergründe der geopolitischen Katastrophe im Nahen Osten schonungslos blosszulegen und die strategischen Dimensionen zu analysieren, welche weit über den Nahen Osten hinausgehen. Auch auf den Konflikt zwischen Israel und den PalästinenserInnen geht er ausführlich ein, wobei er die koloniale Besatzerpolitik der israelischen Regierungen und ihrer internationalen Verbündeten kritisch beleuchtet.

«Al Jazeera» war der einzige unabhängige arabische Sender, der permanent live über die Brutalität des US-geführten imperialistischen Krieges gegen Irak berichtete, womit über 50 Millionen arabische Haushalte erreicht wurden. George W. Bushs in Europa agierender «Pudel», der britische Premierminister Tony Blair, war darüber so wütend, dass er seinerzeit dazu aufrief, die Zentrale von «Al Jazeera» in der qatarischen Hauptstadt Doha zu bombardieren. Soweit kam es zwar nicht, aber die Zentrale des Senders in der irakischen Hauptstadt Bagdad wurde zerstört.

Mit der «Arabellion» änderte sich die politische Orientierung des Senders. Er wurde von einer offen und objektiv

informierenden Institution zu einem Instrument der islamistischen Bewegung der «Ikhwan al-Muslimun», der Muslimbruderschaft, und der Aussenpolitik der Regierung des Emirats Qatar und der Interessen der USA.

In die Steinzeit gebombt

Suliman analysiert messerscharf die von den USA inszenierten Kriege am Golf, weist nach, wie UN-Beschlüsse instrumentalisiert, die Vereinten Nationen durch die US-Administration permanent gedemütigt wurden. Die UN-Resolution Nummer 678 vom 29. November 1990 wurde so interpretiert, dass über Nacht aus dem scheinbaren Schutzschild für die ZivilistInnen eine Aggression gegen den Irak geworden ist.

UN-InspektorInnen konnten nachweisen, dass Irak keinerlei Massenvernichtungswaffen besass. Dennoch, so der Autor, hätte die US-Armee die nuklearen Fähigkeiten Iraks «in die Steinzeit zurückgebombt». Sie haben im Irak «eine grössere Bombenlast abgeworfen als während des gesamten Zweiten Weltkrieges». Der CNN-Reporter Bernhard Shaw berichtete: «Der Himmel über Bagdad leuchtet.»

Die Schrecken des Krieges, dessen Ende nicht absehbar ist, werden minutiös beschrieben. Angefangen von der Folter im CIA-Gefängnis in Abu Ghuraib bis zur Erschiessung von ZivilistInnen aus einem Hubschrauber auf der Strasse in Bagdad durch US-SöldnerInnen informiert Aktham Suliman sehr präzise über die Kriegsverbrechen der USA und ihrer Alliierten.

Suliman belegt, dass sowohl durch die US-Botschafterin in Bagdad, April

Glaspie, als auch durch das US-Aussenministerium der Regierung Saddam Husseins grünes Licht für den Überfall auf Kuwait gegeben worden ist. Dadurch wurde die irakische Regierung in die Kuwaiter Falle gelockt und später vernichtend geschlagen. Selbst beim Rückzug aus Kuwait gab es für die irakischen Militäreinheiten keine Gnade. Dies kommt meines Erachtens einem Kriegsverbrechen ganz nah.

Geistige Brandstifter

Francis Fukuyama mit seiner These vom «Ende der Geschichte» und Samuel P. Huntington mit dessen brachialen Begriff vom «Kampf der Kulturen» werden als geistige Brandstifter eingestuft, die dann auch den heissen Krieg unterstützten. Die gängige Version der Ereignisse des 11. Septembers 2001 stellt Suliman stark in Frage und rückt ausführlich die Verbindungen von Al-Qaida-Chef Osama bin Laden und dem palästinensischen Theologen und Führer der Muslimbruderschaft Dr. Abdallah Azzam mit der CIA in den Vordergrund.

Im letzten Kapitel beschreibt er als guter Beobachter den sogenannten Arabischen Frühling, der keiner wurde. Wer sich über die nationalen, regionalen und internationalen Zusammenhänge und Verflechtungen der Kriege und Konflikte in und um den Nahen Osten aus erster Hand informieren möchte, dem sei das Buch von Aktham Suliman wärmstens empfohlen.

AKTHAM SULIMAN: KRIEG UND CHAOS IN NAHOST. NOMEN VERLAG, 2017. 225 S., 17,90 EURO.

Frei und unversichert

Andreas Boueke. **Viele Menschen in Kalifornien können sich keine Gesundheitsversorgung mehr leisten. Für sie war Obamacare ein Hoffnungsschimmer. Doch von dem einstmaligen ambitionierten Projekt ist nicht viel übrig geblieben.**



Die Freie Klinik von Berkeley hilft Menschen in Not. Bild: zVg.

Schweiz: Profitable SNB
Die Schweizer Nationalbank (SNB) rechnet im abgelaufenen Jahr 2017 mit einem Rekordgewinn von geschätzten 54 Milliarden Franken. Damit der Franken nicht weiter aufwertet, intervenierte die SNB, die als Zentralbank der Schweiz fungiert, in den vergangenen Jahren am Devisenmarkt. Sie kaufte mit selbst geschaffenen Franken fremde Währungen auf, die sie in Wertpapieren anlegt. Anders als die amerikanische Federal Reserve oder die Europäische Zentralbank setzt die SNB dabei nicht nur auf Anleihen, sondern auch auf Aktien. Zum Geldschöpfungsgewinn kommt die positive Entwicklung an den Aktienmärkten hinzu. Durch die Abwertung des Franken im vergangenen Jahr um fast neun Prozent gewannen die Anlagen in ausländischer Währung rechnerisch weiter an Wert.

In eigener Sache

Die nächste Ausgabe des *vorwärts* wird eine Woche später am 8. März erscheinen. Die Ausgabe zum Frauen*kampftag wird wie jedes Jahr vom Frauen*bündnis selbstständig geschrieben und produziert. Wir danken den Frauen* für ihr Engagement und viel Erfolg! Die Ausgabe darauf kommt dann direkt die folgende Woche, am 15. März, heraus.

DIE REDAKTION

Die Freie Klinik in Berkeley, dem Universitätsstädtchen im Norden Kaliforniens, hat jeden Abend ab 19.00 Uhr geöffnet. Gerade ist ein barfüssiger, unrasierter Mann in schmutzigem Lodenmantel reingekommen. Er hat einen strengen Geruch mitgebracht. Am Empfang bemüht sich eine junge Freiwillige geduldig, ihm zu helfen: «Wir könnten doch schon mal Ihre grundlegenden Informationen aufschreiben: Name, Geburtstag, Anschrift.» Der Mann reagiert genervt: «Ja, irgend sowas. Jetzt gerade lebe ich auf der Strasse.» Die Ehrenamtliche beschwichigt: «Es eilt nicht. Mit der Zeit können wir alles Notwendige klären.» Die junge Frau heisst Lisa. Sie ist 25 Jahre alt. Ihr Bewusstsein für den Preis der Gesundheitsversorgung hat sich in den Jahren entwickelt, als Obamacare zu funktionieren begann. «Für mich persönlich war das ein grosser Vorteil,» sagt sie. «Obamacare hat es mir ermöglicht, länger über meine Eltern versichert zu bleiben.»

Wirtschaftsmotor oder Job Killer?

Durch Obamacare können junge Leute bis zum 26. Lebensjahr über ihre Eltern versichert sein. Ausserdem brauchen Frauen keine höheren Gebühren zu zahlen als Männer, was zuvor übliche Praxis war. Lisa ist froh über diese Vorteile, aber ebenso frustriert über die komplizierte Bürokratie. «Der Einschreibeprozess ist chaotisch,» sagt sie. «Zum Beispiel ist die Registrierung nur während bestimmter Monate möglich.» Es gibt drei Einschreibemonate. Wer die verpasst, bleibt mindestens neun Monate lang unversichert.

Die letzte grosse Reform des öffentlichen Gesundheitswesens der USA liegt lange zurück. In den Sechzigerjahren unter Präsident Lyndon B. Johnson entstand das Medicare-Programm für SeniorInnen und Medicaid für die Ärmsten. Seither gab es kein so ambitioniertes Reformprojekt des Gesundheitssektors wie Obamacare. Endlich sollten die zwanzig Prozent der Bevölkerung, die bisher keine Krankenversicherung hatten, einen günstigen Zugang ins Versorgungssystem bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden Millionen US-AmerikanerInnen verpflichtet, eine Krankenversicherung abzuschliessen. Staatliche Subventionen sollten die Versicherungsprämien günstig halten. Die Beteiligung vieler junger, gesunder Menschen sollte das System stabilisieren. Doch als deutlich wurde, dass unter den Versicherten der Anteil älterer Menschen mit einer medizinischen Vorgeschichte besonders gross war, zogen die drei grössten Versicherungsfirmer der USA ihre Produkte aus dem Programm zurück. BefürworterInnen von Obamacare behaupten, die Reform sei ein Wirtschaftsmotor. Und wirklich: Seit der Einführung sind im Gesundheitsbereich rund neun Prozent neue Arbeitsplätze entstanden. Doch AnhängerInnen der republikanischen Partei lassen dieses Argument nicht gelten. Im Gegenteil, sie bezeichnen das Projekt als «Job Killer», weil den Krankenhäusern und der Ärzteschaft zu hohe Kosten aufgebürdet würden.

Bisher ist es der Regierung Trump nicht gelungen, das Grossprojekt seines Vorgängers rückgängig zu machen, doch womöglich gelingt das durch die Hintertür. Ende 2017 hat der Kongress eine Steuerreform verabschiedet, die Obamacare nach und nach die finanzielle Grundlage entzieht.

Alles andere als perfekt

Der Betriebswirtschaftler Gary Richmond verdient sein Geld damit, Menschen den Weg durch

das Labyrinth der US-amerikanischen Gesundheitsdienstleister zu weisen. «Ich organisiere den Zugang der KundInnen in den Gesundheitssektor. Zum Beispiel verabrede ich Termine beim Doktor, kommuniziere Versicherungsinformationen oder überweise Zahlungen. All das ist übertrieben aufwendig, mit unnötigen Zusatzkosten und Gebühren. Meiner Meinung nach ist es ein überkomplexes, korruptes System.»

Obamacare-PatientInnen müssen in diesem System meist ganz hinten anstehen. Sie werden anders behandelt als Privatversicherte. Diagnosemethoden werden aufgrund des Preises und nicht aufgrund ihrer Genauigkeit ausgewählt. Kostspielige Therapien werden nicht verschrieben, auch wenn es gute Gründe gäbe, diese anzuwenden. Auf einen Termin bei SpezialmedizinerInnen müssen Obamacare-Versicherte oft Monate warten. «Obamacare bietet Lösungen,» räumt Gary Richmond ein. «Aber die sind alles andere als perfekt. Es ist wunderbar, dass heute alle eine Versicherung haben können. Aber das hat nichts daran geändert, dass die eigentliche Entscheidungsgewalt weiterhin bei den Versicherungskonzernen liegt. Für sie ist die Gesundheitsversorgung zuallererst ein profitables Geschäft.»

Kein Sicherheitsnetz

Obamacare hat zwar den Zugang in die Arztpraxen geöffnet, aber am Ende müssen die PatientInnen doch einen grossen Teil der Behandlungskosten selber tragen. Wer das nicht will oder kann, hat die Wahl, die von den ÄrztInnen vorgeschlagene Therapie nicht in Anspruch zu nehmen. Deshalb gibt es trotz Obamacare noch immer viele Menschen, die in Freien Kliniken wie der in Berkeley nach Hilfe suchen. Einer der PatientInnen, die an diesem Abend warten, ist der 25-jährige Daniel. Er arbeitet Teilzeit als Aushilfslehrer, hat aber keine Krankenversicherung: «Als meine Mutter unerwartet pensioniert wurde, verlor sie ihre Krankenversicherung und somit auch ich meine. Ich weiss nicht, wie das mit den Versicherungen funktioniert. Ich versuche, möglichst nicht daran zu denken. Mir scheint, dass ich jetzt sowieso nicht viel machen kann.»

Diese Haltung findet die junge Freiwillige Lisa verantwortungslos. «Er könnte aus der Tür gehen und plötzlich von einem Auto angefahren werden. Das wäre total bescheuert, denn er selbst könnte seine Behandlung sicher nicht bezahlen. Vielleicht würde er Unterstützung von seinen Eltern bekommen, aber die müssten ihre Rentenkasse plündern. Und dann, was machen sie dann? Es gibt kein Sicherheitsnetz für Leute, denen unerwartet etwas Schlimmes passiert. Das gilt hier als normal. Es kommt oft vor, dass jemand nach einer Operation Jahre braucht, bevor er die Krankenhauskosten zurückgezahlt hat.» Daniel wohnt bei seiner Mutter in der Stadt Oakland. Eine eigene Wohnung kann er sich nicht leisten, genauso wenig wie eine private Krankenversicherung. Lisa findet das absurd: «Er ist ein Lehrer, der es sich nicht leisten kann, eine Miete in der Stadt zu zahlen, in der er unterrichtet. Aber wenn es keine Lehrer mehr gibt, was dann? Das alles ist irgendwie verrückt.»

Typisch USA

Aber das System verspricht Freiheit. Dieses Versprechen hat viele kluge Köpfe aus aller Welt in das Einwanderungsland USA gelockt. So jedenfalls sieht es Yu Huning, ein Biochemiker, der vor zwanzig Jahren aus Shanghai nach Kalifornien gezogen ist. «Als das mit Obamacare angefangen hat, musste ich plötzlich das Doppelte an Versicherungsprämien zahlen,» ärgert er sich. «Viele Leute werden dazu gezwungen, eine Versicherung zu kaufen, obwohl sie wissen, dass sie gesund sind. Bei meinem Gehalt von etwa 100 000 Dollar und einer vierköpfigen Familie ergibt das rund 3000, 4000 Dollar.»

Lisa hat Verständnis für den Wunsch nach Freiheit. Aber die Forderung, deshalb Obamacare abzuschaffen, geht ihr zu weit: «Dieser Freiheitsgedanke mag typisch US-amerikanisch sein, und er hat uns als Land wohl auch sehr erfolgreich gemacht. Aber der Erfolg fühlt sich enorm zerbrechlich an. Wir stehen nicht auf festem Boden. Die Gesundheitsversorgung ist eines der offensichtlichsten Beispiele. Irgendwann im Leben braucht jeder mal medizinische Unterstützung.»

Demokratie. Im Wahlprogramm der PdA Zürich wird eine radikale Demokratie gefordert. Wie diese aussehen könnte und welche konkrete Erfahrungen mit partizipativer Demokratie gemacht worden sind, erzählt uns David Payot, Mitglied der Lausanner Stadtregierung von der PdA.

FREITAG, 16. FEBRUAR, 19.00 UHR
GRÜNER SAAL, VOLKSHAUS, ZÜRICH

PdAZ. Jeden 3. Montag im Monat organisiert die Partei der Arbeit (PdA) das Politessen «komm&iss». Das Treffen bietet allen Interessierten und insbesondere den Leuten aus dem Quartier ab 18.30 Uhr eine Gelegenheit sich und Mitglieder der PdA zu treffen, gemeinsam eine warme Mahlzeit einzunehmen und sich auszutauschen. Sowohl das Essen wie auch die gute Gesellschaft ist gratis. Wir freuen uns auf euch!

MONTAG, 19. FEBRUAR, AB 18.30 UHR
MOZAIK, HARDSTRASSE 35, ZÜRICH

Rabe-Fest 2018. Das alternative Berner Kulturradio feiert 22 Jahre Aktivität mit Live Radio Studio und seinen Lieblingskünstlern aus Hip Hop, Soul, Punk, Rock, Elektronik, Reggae, Comedy, Poetry und Film.

Programm: www.rabe.ch
FREITAG, 23. UND SAMSTAG 24. FEBRUAR
REITSCHULE, SCHÜTZENMATTE BERN

Repair Café. Zum Reparieren von defekten und lieb gewonnenen Gegenständen. Gratisbuffet.

www.hauspourbienne.ch
SAMSTAG, 24. FEBRUAR, AB 10.00 UHR
HAUS POUR BIENNE, KONTROLLSTR. 22, BIEL

Venezuela. Erinnerungsveranstaltung zu Ehren von Hugo Chávez, an seine Kämpfe, Ideale und Erfolge in der Bolivarischen Revolution. Offen für alle. Im Programm: Filmvorführung und Diskussionen. Musikalische Begleitung durch POP'chestra, eine Band der Jugend der PdA.

SAMSTAG, 3. MÄRZ, 18.00 UHR
RUE DU VIEUX-BILLARD 25, GENÈVE

Alternative. Nach mehr als einem Jahr lädt der Bistrotclub im Breitschträff wieder zu einer öffentlichen Veranstaltung, Vortrag und Diskussion, zum Thema «Selbstermächtigung und Kommunismus – über eine mögliche gesellschaftliche Alternative». Mit Prof. Dr. Beat Schneider, Alt-Grossrat

DIENSTAG, 6. MÄRZ, 20.00 UHR
BREITSCHTRÄFF, BREITENRAINPLATZ 27, BERN

Frauenkampftag. Am 10. März findet die alljährliche Demo zum Frauen*kampftag statt. An diesem Tag kämpfen wir für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Seit Jahrzehnten wird die 8.-März-Demonstration in Zürich ohne offizielle Bewilligung und unter solidarischem Fernbleiben der Männer* durchgeführt. Sie ist ein wichtiger Anlass und wird von einem vielfältigen, linken, revolutionären und feministischen Frauen*bündnis organisiert.

SAMSTAG, 10. MÄRZ, 13.30 UHR
HECHTPLATZ, ZÜRICH

Pflege und Betreuung. Wie kannst du dich vor dem anhaltenden Sparwahn im Gesundheitswesen schützen? Welche rechtlichen Möglichkeiten hast du, um dich vor Überlastung oder nicht erlaubten Anweisungen zu schützen?

Diese und andere Fragen werden am 4. Pflege- und Betreuungsgipfel diskutiert. Die Diskussionsveranstaltung ist offen für alle interessierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Pflege und Betreuung, die in ihrer Branche etwas bewegen wollen. Anmeldung nötig:

www.gutepflege.ch
SAMSTAG, 17. MÄRZ, 9.30 UHR
ORT NOCH NICHT BEKANT

Jugend. Über Ostern findet das Bildungswochenende Form'action statt, das von den Westschweizer Sektionen der Kommunistischen Jugend organisiert wird.

Es gibt verschiedenste Kurse: Über Revolution, Ökologie bis Gramsci. Der Kurs «Philosophie und Kuba» wird auf Deutsch von Tobias Kriele von der DKP geführt, der marxistische Philosophie auf Kuba studierte. Volles Programm und Anmeldung:

lc.cx/gm5C
AB FREITAG, 30. MÄRZ BIS 2. APRIL
ROUTE DE PIERRE-À-BOT 64, NEUCHÂTEL